Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal. Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonten: Dortmund 2852 und Hannover 21374. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 62.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger · Schwerter Volkszeitung · Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung · Iserlohner Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die einspaltene Millimeterzeile 9 Pfg., Familienzeile 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei in den erteilten Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde · Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. · Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 11 (Erstes Blatt) — **Schwerte (Ruhr), Donnerstag, den 14. Januar 1926.** — **59. Jahrgang.**

Neues in Kürze.

Einberufung des Provinziallandtages.

wp. **Koblenz,** 13. Jan. Amtlich. Das Preußische Staatsministerium hat durch Erlaß vom 6. Januar den Provinziallandtag der Rheinprovinz zum 26. Januar 1926 nach der Stadt Düsseldorf berufen.

Der Haushalt für die besetzten Gebiete.

wtb. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete für das Rechnungsjahr 1926 sieht im ordentlichen Haushalt an Ausgaben insgesamt 9 676 560 Reichsmark vor, denen an Einnahmen 386 740 gegenüberstehen, so daß der Zuschuß beim ordentlichen Haushalt 9 289 820 beträgt. Der außerordentliche Haushalt sieht an Einnahmen 24 500 Reichsmark vor, sodaß der Gesamtzuschuß beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 9 265 320 beträgt.

Listenstellen für entbehrlich gewordene Beamte.

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Tel.) Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat die Preußische Staatsregierung entsprechend dem Vorgehen der Reichsregierung für die Beamten der Besoldungsgruppen [illegible]—13 bei den Fachministern, für die Beamten der Besoldungsgruppen 1—8 im Bereiche sämtlicher Verwaltungen mit Ausnahme der Justizverwaltung bei den Regierungen, in Berlin bei der Bau- und Finanzdirektion, Listenstellen eingerichtet, um die Unterbringung von entbehrlich gewordenen Beamten zu erleichtern.

Der Entwurf eines allgemein. Reichsbeamtengesetzes.

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Tel.) Der im Reichsministerium des Innern aufgestellte Entwurf eines allgemeinen Reichsbeamtengesetzes ist gestern und heute dort mit den Vertretern der Länderregierungen durchberaten worden.

Erklärung der Arbeitgeberverbände.

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Funkspruch). Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände teilt unter Bezugnahme auf die Erklärung des Polizeipräsidiums Berlin über die Gewährung eines Darlehens mit dem Zweck der Unterstützung des verhafteten Oberleutnants a. D. Schulz mit, daß bereits vor der Veröffentlichung des Polizeipräsidiums ein Untersuchungsausschuß hierüber von ihr eingesetzt worden ist. Die Vereinigung werde selbstverständlich die aus dem Ergebnis der Untersuchung sich ergebenden Konsequenzen ohne Ansehen der Person ziehen.

Die Stempelvereinigung beschließt eine Zinsermäßigung.

wtb. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Die Mitglieder der Vereinigung Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) haben mit sofortiger Wirkung die Haben-Zinsen für täglich fällige Guthaben in provisionsfreier Rechnung auf 4 Proz. p. a. und für solche in provisionspflichtiger Rechnung auf 4½ Proz. p.a. ermäßigt. Den auswärtigen Bankenvereinigungen ist eine Ermäßigung der Haben-Zinsen für Monatsgeld vorgeschlagen. Das Ergebnis der Abstimmung steht noch aus.

Generalleutnant Keim gestorben.

bb. **Berlin,** 13. Jan. Generalleutnant August Keim, der Gründer des Deutschen Wehrvereins und Mitgründer des deutschen Flottenvereins, ist am Mittwoch in Jugenheim im Alter von 81 Jahren gestorben.

Im Straßengraben ertrunken.

pw. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Als der praktische Arzt Dr. Eibel aus Buchheim in Baden in seinem Auto von einem Krankenbesuch auf der Heimfahrt war, schlug der Wagen an einer scharfen Kurve um, stürzte in den Straßengraben und begrub den das Auto lenkenden Arzt unter sich. Der Arzt ertrank in dem Wasser des Straßengrabens.

Verhaftete Fememörder.

wtb. **Hamburg,** 13. Jan. (Tel.) Durch Beamte des Fahndungskommandos wurde in der vergangenen Nacht der als Täter bezw. Mittäter bezw. Mitwisser der Fememorde gesuchte ehemalige Oberfeldwebel Hermann Voß festgenommen. Voß führte tatsächlich, wie auch angenommen worden war, auf die Namen Gehrke und Knopp sowie andere Namen lautende Papiere bei sich. Ferner wurde von Kriminalbeamten ein Mann festgenommen, dessen Personalien noch nicht feststehen, der aber gleichfalls in dem dringenden Verdacht steht, Mitwisser zu sein.

Generalversammlung der deutschen Reisebüros.

wtb. **Leipzig,** 13. Jan. (Tel.) Die Vereinigung deutscher Reisebüros hält am 23. und 24. Januar die diesjährige Generalversammlung auf Einladung des internationalen Verkehrsbüros des Leipziger Messeamtes in Leipzig ab.

Rücktritt des belgischen Generals Keestens.

wtb. **Paris,** 13. Jan. (Tel.) Wie der Berichterstatter des Temps in Brüssel berichtet, dürfte der Minister für die nationale Verteidigung, General Keestens, nach dem der heutige Kabinettsrat gegen seine Stimme beschlossen hat, die Herabsetzung der Militärdienstzeit von 10 bis 13 Monaten bereits auf die Jahresklasse 1925 anzuwenden, binnen 24 Stunden zurücktreten.

Der Ersatz der Shenandoah.

wtb. **Washington,** 13. Jan. (Tel.) Im Marineausschuß des Repräsentantenhauses erklärte Marinesekretär Wilbur, er werde für den Bau eines Luftschiffes zum Ersatz der Shenandoah eintreten.

Wissenschaftliche Expedition zur Untersuchung einer bevorstehenden Sonnen-Eklipse.

wtb. **Benkoelen** (Sumatra), 13. Jan. (Tel.) Die internationale wissenschaftliche Expedition zur Untersuchung der bevorstehenden Sonnen-Eklipse ist hier jetzt vollzählig versammelt. Sie besteht aus 26 Amerikanern, 6 Engländern, 5 Deutschen, 5 Holländern und zwei Australiern. Alle mitgebrachten Instrumente sind aufgestellt worden und stehen für die Aufnahme der Beobachtungen bereit. Die Wetterlage ist günstig.

Die Regierungsbildung durch Dr. Luther.

wtb. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag 11 Uhr die Abgeordneten Fehrenbach und Koch, die ihm über die Verhandlungen zur Schaffung der Großen Koalition und deren negatives Ergebnis berichtet. Der Reichspräsident dankte den beiden Abgeordneten für ihre Bemühungen und ihren Bericht und erklärte, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer Regierung auf der Grundlage der Mehrheit gescheitert seien, werde er nunmehr eine neutrale Regierung der Mitte schaffen und richtete an die beiden Parteiführer das Ersuchen, ihn angesichts der Notlage des Vaterlandes hierbei kräftig zu unterstützen. Fehrenbach und Koch nahmen die Erklärung zur Kenntnis und erklärten sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Um 11,30 Uhr empfing der Reichspräsident den Reichskanzler Luther und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Luther nahm den Antrag an.

pw. **Berlin,** 14. Jan. (Tel.) Den Blättern zufolge ist unter dem Neutralen Kabinett der Mitte, das zu bilden Reichskanzler Dr. Luther beauftragt worden ist, eine Regierung zu verstehen, die sowohl nach rechts wie nach links unabhängig sein soll. Dr. Luther wird sich noch heute mit den Führern, der für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien und zwar der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung in Verbindung setzen. Ueber die Haltung der Demokraten weiß das Berliner Tageblatt mitzuteilen, daß sie der Beteiligung an einem Kabinett der Mitte grundsätzlich zustimmen. Allerdings müßten Garantien dafür gegeben werden, daß nicht ein Kabinett gebildet werde, das sachlich oder persönlich irgendwie nach rechts tendierte. Erst wenn darüber Klarheit gegeben ist, würden die Demokraten Beschlüsse über ihre Beteiligung an der kommenden Regierung fassen.

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Tel.) Reichskanzler Dr. Luther empfing im Laufe des gestrigen Nachmittags die Führer sämtlicher Parteien zu einer ersten Aussprache.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich heute abend, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, in mehr als dreistündiger Sitzung mit der politischen Lage beschäftigt, die durch den Auftrag zur Regierungsbildung an Dr. Luther geschaffen worden ist. Zu einer Beschlußfassung gelangte die Fraktion jedoch noch nicht. Sie machte vielmehr ihre Entscheidung von dem Ausfall der Verhandlungen über die sachlichen Voraussetzungen für den Eintritt von Zentrumsmitgliedern in das Kabinett abhängig. Mit diesen Verhandlungen ist der Fraktionsvorsitzende Fehrenbach beauftragt worden, der sich morgen zu diesem Zweck zu Dr. Luther begeben wird. Danach gedenkt die Fraktion endgültig ihre Entschließung treffen zu können. Die Personalfragen sind in der heutigen Fraktionssitzung noch nach keiner Richtung berührt worden.

Die von den Blättern genannte Ministerliste.

pw. **Berlin,** 14. Jan. (Tel.) Diejenigen Blätter, die in der Lage sein wollen, bereits heute die Namen der Minister des neuen Kabinetts zu nennen, bezeichnen als voraussichtlichen Reichsfinanzminister den sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold. Für den Posten des Reichswirtschaftsministers sei der Zentrumsabgeordnete Dr. Lammers in Aussicht genommen. Für die Besetzung des Reichsinnenministeriums sollen der demokratische Abgeordnete Koch und der Volksparteiler von Kardorff, für das Justizministerium der Zentrumsabgeordnete Barth und der Volksparteiler Curtius in Frage kommen. Auf ihrem Posten verbleiben sollen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Geßler und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Die Stärke der Besetzungstruppen im Rheinland.

wtb. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Die Berliner Presse wendet sich scharf gegen den vom Daily Telegraph gemeldeten Beschluß des Unterausschusses der Botschafterkonferenz, wonach in der besetzten 2. und 3. Rheinlandzone 75 000 Mann, darunter 60 000 Mann französische Truppen verbleiben sollen. Die Blätter erklären übereinstimmend, daß diese Nachricht, wenn sie sich bestätigen sollte, in Deutschland eine lebhafte Enttäuschung und Empörung hervorrufen müßte, und erinnern an die in Locarno den deutschen Delegierten gegebene Zusicherung, daß die Truppenstärke im besetzt bleibenden Rheinland annähernd auf die deutsche Garnisonstärke, d. h. auf etwa 45 000 Mann herabgesetzt werden solle. Bei Belassung von 75 000 Mann im Rheinland könnte, so sagt die Tägliche Rundschau, von einer Erfüllung der gegebenen Zusage absolut keine Rede mehr sein. Das Blatt spricht daher die Erwartung aus, daß die Botschafterkonferenz daran festhalten wird, daß die Deutschland gegebene Zusage auch erfüllt wird. Nach der Germania würde die Bestätigung des Beschlusses durch die Botschafterkonferenz für das deutsche Volk und insbesondere für das besetzte Gebiet eine sehr schwere Enttäuschung bedeuten. Die Botschafterkonferenz muß sich, so schreibt das Blatt, darüber klar werden, daß der Friedensgedanke von Locarno durch eine derartige Maßnahme einen sehr empfindlichen Stoß erleiden würde. Die französische Regierung, auf die es in dieser Frage in erster Linie ankommt, sollte es sich zwei und drei Mal überlegen, ehe sie die unabsehbaren inneren und außenpolitischen Wirkungen eines solchen Vorgehens heraufbeschwört. Der Lokalanzeiger und die Kreuzzeitung erklären, daß bis heute von tatsächlichen Rückwirkungen des Vertragwerks von Locarno auch nicht im entferntesten die Rede sein könne.

wtb. **London,** 13. Jan. (Tel.) Der Korrespondent des Daily Telegraph meldet, daß der Unterausschuß der Botschafterkonferenz bezüglich der Stärke der Besetzungstruppen im Rheinland sich auf die folgenden Zahlen geeinigt habe:

Frankreich 60 000 Mann,
Großbritannien 8000 Mann,
Belgien 7000 Mann.

Die militärischen Leiter der französischen Regierung hätten anscheinend ihre Auffassung durchgesetzt, daß Frankreich durch vier Divisionen zu je 15 000 Mann vertreten sein soll. Die Entscheidung bedürfe noch der Bestätigung durch die Botschafterkonferenz.

(Das Mindeste, was Deutschland zu erwarten berechtigt war, wäre die Herabsetzung auf die ehemalige deutsche Garnisonstärke gewesen. Deutschland hat in Friedenszeiten in der zweiten und dritten Zone rund 46 000 Mann Besatzung unterhalten, also zu einer Zeit, als man mit einem Kriege mit Frankreich rechnen und deshalb so stark wie möglich gerüstet sein mußte, und im eignen Gebiet. Für die Besetzungsmächte entfällt aber, noch dazu nach dem Abschluß des Vertrags von Locarno, jeder Vorwand einer von Deutschland drohenden Kriegsgefahr, die sie zwingen könnte, eine um rund 30 000 Mann über das deutsche Friedensmaß hinausgehende Truppenmacht im besetzten Gebiet zu unterhalten).

Die Volksgesundheit 1923-24.

vds. **Berlin,** 14. Jan. (Tel.) Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Gesundheitsverhältnisse des deutschen Volkes in den Jahren 1923-24 zugegangen. Darin wird festgestellt, daß nach den Zeiten der Hungerblockade im Jahre 1921 eine leichte Besserung in der Volksgesundheit eintrat, daß aber die Inflationsjahre 1922 und 1923 einen erheblichen Rückschlag brachten, so daß die furchtbarsten Folgen für den gesamten Volkskörper in bedrohliche Nähe gerückt zu sein schienen. Erst von der Ende 1923 erzielten Stabilisierung der Währung konnte eine günstige Wirkung auf den Gesundheitszustand des Volkes erhofft werden. Ein wirklicher Fortschritt zeigte sich erst 1924. An Sterbefällen wurden im Jahre 1922 in den deutschen Großstädten 219 680 gezählt, im Jahre 1923 219 724 und im Jahre 1924 194 340. Die für 1924 ermittelte Sterbeziffer weist die niedrigste Sterblichkeit auf, die bisher verzeichnet wurde. In den deutschen Großstädten starben im Jahre 1922 etwa 36 600 Säuglinge, im Jahre 1923 32 500 und im Jahre 1925 25 700. Trotz dieser günstigen Ziffer stellt die Denkschrift fest, daß die Ernährung für einen großen Teil des Volkes unzureichend und ferner auch wegen der einseitigen Zusammensetzung vielfach unzweckmäßig ist. Von großen Epidemien ist Deutschland in den Jahren 1923-24 verschont geblieben. Vereinzelte Typhusepidemien, so z. B. die ziemlich ausgedehnte Wasserleitungsepidemie in Alfeld (Hannover), die Milchepidemie in Insterburg und Altona (1923), sowie weitere gehäufte Erkrankungen im Regierungsbezirk Köslin und in einigen Orten Sachsens und Württembergs, in Mecklenburg-Schwerin und Lippe-Detmold konnten, bevor sie sich in großem Umfange ausbreiteten, zum Erlöschen gebracht oder ärztlich beschränkt werden.

Erwerbslosenfürsorge für Angestellte.

vdz. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurde der Gesetzentwurf zur Aenderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vorgelegt, der die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge zum Inhalt hat. Dem Gesetz soll rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1926 ab verliehen werden. Die Ausführung des Gesetzes wird durch eine Verordnung erfolgen, die unmittelbar nach seiner Verkündigung im Reichsgesetzblatt ergehen soll. Sie erweitert das Recht zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung auf Angestellte mit einem Jahresverdienst von mehr als 2700 bis zu 6000 Mark und verpflichtet die Angestellten derselben Gehaltsklassen und ihre Arbeitgeber zur Leistung von Beiträgen. Doch soll der Teil des Jahresverdienstes außer Betracht bleiben, der die Krankenversicherungspflichtgrenze übersteigt. Die höher bezahlten Angestellten werden also durchweg Beiträge nach einem Jahresarbeitsverdienst von 2700 Reichsmark zu leisten haben. Die Beitragseinziehung wird wie in der übrigen Erwerbslosenfürsorge den Krankenkassen übertragen. Zur schnellen Erledigung des Gesetzentwurfes wurde ein Unterausschuß eingesetzt.

Preußischer Landtag.

115. Sitzung.

vdz. Berlin, 13. Jan. (Tel.) Vor schwach besetztem Hause eröffnet Präsident Bartels gegen 12½ Uhr die Sitzung.

Zunächst überweist das Haus gemäß dem Ausschußbeschluß Eingaben des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Königsberg um Verminderung der Zahl der Handelsaufsichtsbeamten, Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe und Einführung der Ferien für erwerbstätige Jugendliche der Regierung zur Berücksichtigung.

Ebenso wurde mit einer Eingabe verfahren, die Einspruch gegen die beabsichtigte endgültige Stilllegung der Zeche „Alte Haase" erhebt.

Dann wendet sich der Landtag der Beratung eines Teiles einer großen Anfrage der Deutschnationalen zu, der fragt, ob der damalige Kultusminister Braun, obwohl ihm der Landtag das Vertrauen am 23. Januar 1924 versagt hatte, berechtigt war, den Erlaß vom 6. Februar 1924 über die Auflösung der Lehrerseminare usw. herauszugeben.

Der Ausschuß beantragt, diese große Anfrage für erledigt zu erklären. Einen deutschnationalen Antrag, der die Tätigkeit eines Geschäftsministeriums begrenzen will, empfiehlt der Verfassungsausschuß zur Ablehnung.

Berichterstatter **Abg. Baecker**-Berlin (DN.) betont, seine Partei habe wegen des Erlasses der erwähnten Verordnung durch den Minister Braun beim Staatsgerichtshof Beschwerde erhoben, um zugleich eine authentische Interpretation des Begriffes „laufende Geschäfte" zu erhalten. Der Staatsgerichtshof habe diese Beschwerde zurückgewiesen. Es steht fest, daß auch ein zurückgetretenes Ministerium für seine Amtsführung die volle Verantwortung trägt. Daher habe es nicht nur sogar die Befugnis, sondern die Pflicht, alles zu tun, was das Staatswohl erfordert. Somit müßten also auch seine Machtbefugnisse auf alle Fälle die gleichen sein wie die eines amtierenden Ministeriums.

In der Besprechung legte Abg. **von Ennern** (DVp.) den Standpunkt seiner Fraktion zu der Frage dar. Die deutsche Volkspartei billige sehr wohl die Tendenz des Antrages Winckler. Der Inhalt des Antrages setze aber anstelle einer Richtlinie eine Kasuistik. Maßgebend könne nur sein die Frage der Dringlichkeit und Notwendigkeit.

Abg. **Baecker**-Berlin (DN.) betont, mit dem Gutachten des Staatsgerichtshofes sei durchaus der von den Deutschnationalen erstrebte Modus gegeben, denn wenn ein Geschäftsministerium die gleichen Befugnisse und Verantwortung wie das amtierende trägt, hat es auch die Pflicht, das Votum des Landtages zu hören. Ein Geschäftsministerium hat nicht dieselben politischen Befugnisse wie ein amtierendes.

Abg. **Körner** (Völk.) vertritt dieselbe Auffassung.

Abg. **Leinert** (Soz.) erklärt, es sei nach der Verfassung nicht angängig, etwa Richtlinien für die laufenden Geschäfte aufzustellen. Denn die Verfassung würde, soweit sie das Staatsministerium betrifft, zuerst vom Staatsministerium selbst ausgelegt. Wenn der Landtag dann glaube, daß die Verfassung verletzt worden sei, müsse er Schritte gegen das Staatsministerium unternehmen.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus tritt mit den Stimmen der Linken bis zum Zentrum den erwähnten Ausschußbeschlüssen bei.

Es folgt die Beratung des Urantrages der Abg. Biester (Deutsch-Hann.) und Genossen, der behauptet, daß die Deutsch-hannoversche Partei noch immer mit einer Ueberwachungsakte im Innenministerium geführt wird.

Abg. Biester (Deutsch-Hann.) begründet diesen Urantrag, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Ueberwachungsakte der sozialdemokratischen Partei im Innenministerium bei der Revolution 1918 beseitigt und aufgehoben ist. Der Antrag ersucht um einen Beschluß des Landtages, daß auch die Akte der Deutsch-hannoverschen Partei aufgehoben und veröffentlicht wird. Der Redner hebt hervor, aus dem Welfenfonds seien die Millionenbeträge für die Bespitzelung und für die Bestechungen der Presse usw. geflossen. Die Schlußausführungen des Redners gehen in der großen Unruhe des Hauses unter.

Das Haus unterbricht hierauf die Weiterberatung zur Vornahme der namentlichen Abstimmung zu dem Gesetz über die **Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen.** Es wird abgestimmt über die vom Ausschuß vorgeschlagene Fassung, die besagt:

1. Die Vorschläge über die Stimmabgabe im Reichsrat werden zwischen den bestellten und den gewählten Mitgliedern des Reichsrats vorberaten. Kommt hierbei eine Einigung nicht zustande, so hat jedes gewählte Mitglied das Recht, eine nochmalige Beratung des Gegenstandes mit dem Staatsministerium zu verlangen. Die Entscheidung erfolgt durch Mehrheitsbeschluß.

2. In den Ausschüssen des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens.

3. In den Vollsitzungen des Reichsrats wird die Stimme Preußens gemäß der Entscheidung der Vorberatung einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied abgegeben. Jedem gewählten Mitgliede steht hierbei das Recht zu, seine von dem Beschluß der Vorberatung abweichende Stellungnahme im Reichsrat bekannt zu geben.

Die Abstimmung ergibt die Annahme dieser Fassung mit 211 gegen 176 Stimmen.

Hierauf wird die durch die Abstimmung unterbrochene Beratung über den Antrag, der sich mit der Ueberwachung der Deutsch-hannoverschen Partei beschäftigt, fortgesetzt.

In der fortgesetzten Aussprache über den erwähnten Antrag Biester (Deutsch-Hann.) auf Aufhebung der Akte über die Deutsch-hannoversche Partei im Ministerium des Innern setzt sich

Abg. **von Dilfurth** (DN.) für die Annahme des Antrages ein.

Abg. **Leinert** (Soz.) betont, daß die Sozialdemokraten immer für die gleichberechtigte persönliche Freiheit eingetreten seien. In der Verurteilung der gehässigen Bekämpfung der Welfen in der Vorkriegszeit seien die Sozialdemokraten mit den Deutsch-Hannoveranern einig. Man müßte aber auch die Akten veröffentlichen, die die welfische Partei in Hannover über Sozialdemokraten und Kommunisten angelegt hätte. Der Redner gibt dann einen Abriß der Geschichte über die Bestrebungen **der Welfen, ein hannoversches Königreich** zu gründen. Dabei verweist er auf das Bestreben einer **welfischen Legion.** Neuerdings erstrebten sie in einer Kompromißformel mit Mehrheit ein soziales Königreich, mit dem der Adel aber nicht einverstanden ist. Gegen den Antrag, die Akte der welfischen Partei zu schließen, hätten die Sozialdemokraten trotzdem nichts, weil die welfische Partei tot sei.

Abg. **Biester** (Deutsch-Hann.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Leinert. Die hannoversche Legion, die aufgelöst und nicht zusammengebrochen sei, hätte nur die Aufgabe, sich für Aufrechterhaltung der Ordnung einzusetzen. Der Redner ersucht nochmals unter Berufung auf die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit der Persönlichkeiten um Annahme seines Antrages. Von der Forderung des freien Hannovers würden die Welfen nicht abgehen.

Abg. **Leinert** (Soz.) erklärt, wenn die Welfen die Veröffentlichung der Akte zur Bekämpfung der Republik benutzen wollten, wie dies aus den letzten Worten des Abg. Biester klinge, würden die Sozialdemokraten den Antrag Biester ablehnen. Dann weist der Redner die Angriffe des Abg. Biester unter Darlegung des Tatbestandes zurück. Als er im Jahre 1919 in Versailles war sei er von den Welfen dazu aufgefordert worden, für ein freies Hannover einzutreten. Er habe diese Zumutung des Hochverrats und Landesverrats in einem Augenblick, in dem das Schicksal Deutschlands zur Entscheidung stand, entschieden abgelehnt.

Abg. **Biester** (Deutsch-Hann.) bekennt sich zu seinen Schlußworten und weist die Vorwürfe des Abg. Leinert zurück.

In der **Abstimmung** wird Teil 1 des Antrages Biester, der die Einstellung der Akte fordert, gegen die Deutsch-Hannoveraner und Deutschnationalen abgelehnt. In der Gesamtabstimmung findet der Antrag gegen die Antragsteller Ablehnung.

Hierauf beschäftigt sich das Haus mit mehreren Anträgen über die **Förderung des Wohnungsbaues.** Der Ausschuß hat, wie Abg. Lüdemann (Soz.) in der Debatte betont, ein ganzes **Wohnungsbauprogramm** aufgestellt. Das sei eigentlich Sache der Regierung gewesen und in diesem Punkte habe die Regierung die Sozialdemokraten schwer enttäuscht. Nach dem Ausschußantrag sollen mit Hilfe öffentlicher Beihilfen in Preußen 1926 jährlich mindestens 100 000 Wohnungen errichtet werden. Außerdem sollen die Gemeinden und Landkreise verpflichtet werden, Baugelände zu billigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Abg. **Sonnenschein** (DN.) bezeichnet den Umstand, daß es überhaupt zu einer so großen Wohnungsnot gekommen sei, als Bankerotterklärung des bisherigen Systems. Die Wurzeln der Not liegen in der Zwangswirtschaft. Wir müssen Mittel finden, den Zinsfuß zu verbilligen, wie es ja auch vom Ausschuß vorgeschlagen wird. Bedauerlich sind die schweren Bedenken des Finanzministers gegen Steuererleichterungen. Fördern wir den Neubau, dann werden wir auch wieder bessere Steuereingänge haben. Unzulässig ist, daß die ganze Hauszinssteuer auch für andere Zwecke verwendet wird als für den Neubau.

Abg. **Bergmann** (Ztr.) erklärt, man müsse schnellere Arbeit machen und mit Beschlüssen nicht immer hinter der Entwicklung her hinken. Die öffentlichen Geldinstiute, so die Sparkassen, müßten 40 bis 50 Prozent ihrer Einlagen zur Verfügung stellen für den Neubau. Die Kommunen dürfen mit Anlagebeträgen, Gebühren usw. keine Geschäfte machen. Die Steuerfreiheit muß auf 10 Jahre ausgedehnt werden. Die Kartelle, besonders in der Baustoffindustrie bedürfen der schärfsten Kontrolle. Wenn mindestens 20 Prozent der Friedensmiete verwendet werden sollen, so darf auf keinen Fall eine Herabsetzung für die Zukunft eintreten.

Abg. **Dr. Grundmann** (DVp.) bezeichnet es als erfreulich, daß der Ausschuß so einmütig seine Beschlüsse gefaßt hat. Es sei eine Lösung auf der mittleren Linie gefunden worden. Man brauche Baugeld für geringe Zinsen. Meine Fraktion tritt für die Beschlüsse des Ausschusses geschlossen ein. Wir haben nur den Wunsch, daß die 40 Prozent der Inanspruchnahme der Mittel der öffentlichen Geldinstitute auf 30 Prozent herabgesetzt werden, um die Liquidität der Sparkassen usw. nicht zu schädigen.

Auch die Arbeitslosigkeit kann nur durch Neubauten in weitestem Umfange bekämpft werden. Wir haben uns geeinigt, im Ausschuß nicht einen Anteil an der Hauszinssteuer vom Finanzminister zu verlangen, den wir am liebsten gefordert hätten, sondern die absolut notwendigen 20 Prozent. Brechen wir den Stein heraus, so ist das ganze Werk zwecklos. Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt. Schluß 5.10 Uhr.

Deutscher Reichstag.

141. Sitzung.

vdz. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Auf der Tagesordnung steht die **Beratung des deutsch-spanischen vorläufigen Wirtschaftsabkommens.**

Das Abkommen wird den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Ebenso der auf der Tagesordnung stehende deutsch-niederländische Handels- und Zollvertrag.

Hierauf wird die erste Beratung der Novelle zum **Reichsknappschaftsgesetz** fortgesetzt.

Abg. **Jansch** (Soz.): Mit der Bestimmung der Familienhilfe als Pflichtleistung erfüllt die vorliegende Novelle eine Forderung der Notwendigkeit. Diesem Fortschritt stehen aber schwere Nachteile gegenüber. Am schlimmsten sei die Kürzung der Altersrenten. Schon jetzt werde bei der Gewährung der Pensionen höchst ungerecht und unsozial verfahren. Den Vertretern der Versicherten müßten größere Rechte gegeben werden. Im Ausschuß muß die Novelle wesentlich verbessert werden, um den Bergarbeitern das zu bringen, was sie haben müssen.

Abg. **Imbusch** (Ztr.) bedauert, daß das Reichsknappschaftsgesetz nicht so durchgeführt worden ist, wie es vom Gesetzgeber gewollt war. Daher seien Ergänzungen und Verbesserungen notwendig, damit eine größere Einheitlichkeit in der Versorgung der Versicherten erreicht wird. Die widerrechtlich abgebaute Familienfürsorge müßte zur Pflichtleistung gemacht werden. Insofern bringt die vorliegende Novelle eine wesentliche Verbesserung. Der Einfluß der Versicherten auf die Knappschaftskassen müsse verstärkt werden. Ueber die aus diesem Gesetz dem Bergbau erwachsenden Lasten seien ganz übertriebene Angaben gemacht worden. Löhne und soziale Lasten zusammen seien im deutschen Bergbau nicht so groß wie im englischen. Die Unternehmer sollten lieber an anderer Stelle sparen, beispielsweise bei der kostspieligen und volksvergiftenden Propaganda, die sie gegen die Sozialpolitik treiben. Für die in der Novelle vorgesehene Herabsetzung der Altersrente liege keine Notwendigkeit vor. Die von den Unternehmern verbreiteten Zahlen über die zu hohe Belastung der Knappschaftskassen durch die Altersrenten hätten sich als eitel Schwindel erwiesen. Tatsächlich sei die Altersgrenze nicht zu hoch, sondern zu niedrig.

Die Weiterberatung wird nach 4 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Politische Umschau

Entschließung der deutschen Demokratischen Partei.

wtb. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Wie die „Vossische Zeitung berichtet, faßte eine Versammlung der Vertrauensleute der Deutschen Demokratischen Partei in Berlin, unter dem Eindruck der Haltung der Sozialdemokraten eine Entschließung, in der sie der demokratischen Fraktion des Reichstages, besonders ihrem bewährten Führer, Dank und Anerkennung für die zielbewußte Haltung während der gegenwärtigen Regierungskrise aussprechen und bedauern, daß eine große Partei, die die Politik von Locarno bisher in enger Ueberzeugung unterstützt hat, in schwerer Stunde die Mitarbeit am Werke der Rettung und des Wiederaufbaues ablehnt.

Hypothekarischer Zwischenkredit für die Landwirtschaft.

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Tel.) Die Deutsche Golddiskontbank hat der Rentenbankkreditanstalt eine Vereinbarung angeboten, welche dieser die Gewährung eines drei- bis fünfjährigen hypothekarischen Zwischenkredits an die deutsche Landwirtschaft ermöglichen soll. Im Falle der Annahme dieses Angebots wird die Rentenbankkreditanstalt Hypothekarschuldscheine ausgeben und der Golddiskontbank überlassen, die durch landwirtschaftliche Hypotheken sichergestellt sind, welche innerhalb des 33 ein Drittel Prozent berichtigten Wehrbeitragswertes liegen. Diese Hypotheken sollen mit einem Drittel nach drei Jahren, mit einem weiteren Drittel nach dem vierten Jahre und mit dem letzten Drittel nach dem fünften Jahre zurückgezahlt werden. Dementsprechend werden die Hypothekarschuldscheine mit je einem Drittel des auszugebenden Betrages drei, vier oder fünf Jahre laufen. Der jährliche Zinssatz soll für den Landwirt 7 v. H. betragen, wozu lediglich Zuschläge für die notwendigen laufenden Verwaltungskosten treten. Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich zum vollen Kapitalbetrage abzüglich der unvermeidlichen einmaligen Ausgaben (Kosten für Ausfertigung und Versteuerung der Schuldscheine, Taxen, Grundbuchgebühren usw.

Die Rentenbankkreditanstalt wird sich bei der Weiterleitung dieser Kredite in derselben Weise, wie es bei ihrer Auslandsanleihe geschehen ist, der Vermittlung der vorhandenen Realkreditinstitute bedienen. Danach sind die zur Deckung der Schuldscheine bestimmten Hypotheken zugunsten der Realkreditinstitute zu bestellen und von diesen an die Rentenkreditanstalt weiter zu verpfänden. Es haften also für die Schuldscheine außer den zu einer Sonderdeckungsmasse zu vereinigenden hypothekarischen Sicherheiten und dem gesamten freien Vermögen der Rentenbankkreditanstalt als persönliche Schuldner noch die kreditnehmenden Landwirte und die vermittelnden Realkreditinstitute bis zur Höhe der jeweils von ihnen in Anspruch genommenen Beträge. Es wird Fürsorge getroffen, daß die Kredite nur solchen Wirtschaften zufließen, die die Gewähr einer rationellen, intensiven Bewirtschaftung bieten. Durch diesen Zwischenkredit soll verhindert werden, daß die langfristigen Realkredit suchende Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit gleichzeitig auf den Kapitalmarkt drückt und dadurch zu Zinssätzen gezwungen wird, die auf die Dauer nicht tragbar sind.

Die deutschen Realkreditinstitute haben in den beiden letzten Jahren über 500 Millionen Mark jährlich dem landwirtschaftlichen Realkredit zuführen können. Eine ähnlich fortschreitende Entwicklung ist auch in der Zukunft zu erwarten, so daß die Abwicklung des gegenwärtigen Zwischenkredits einmal aus den durch die Kreditgewährung erzielten landwirtschaftlichen Mehrerträgen, dann aber auch aus dem fortschreitenden Wiederaufbau des deutschen Realkredits erfolgen kann. Die Deutsche Golddiskontbank ist aus währungspolitischen Erwägungen an der produktiven Entwicklung der deutschen Landwirtschaft interessiert. Um die Plazierung der Hypothekarschuldscheine der Rentenbankkreditanstalt zu ermöglichen, wird die Golddiskontbank, abgesehen von den ihr schon jetzt aus eigenen und fremden Mitteln zur Verfügung stehenden Beträgen die Vollzahlung ihres bisher mit 6,6 Millionen Pfund eingezahlten, nominell 10 Millionen Pfund betragenden Kapitals vornehmen.

Ein deutscher Rechtsanwalt in Südtirol verurteilt.

wtb. **Trient,** 13. Jan. (Tel.) Der Rechtsanwalt Dr. Noldin wurde in der gestrigen Verhandlung vor dem Gericht in Trient wegen Beamtenbeleidigung zu einer Haftstrafe von 5 Tagen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Lire verurteilt.

Die Fälscher-Epidemie.

Prinz Windisch-Grätz im Spital.

pw. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Prinz Windisch-Grätz ist nach einer Meldung der Nachtausgabe des Tag auf Antrag seiner Verteidigung aus dem Gefängnis in das Spital übergeführt worden, nachdem er von drei Aerzten untersucht worden war.

Festnahme von Falschmünzern in Holland.

wtb. **Rotterdam,** 13. Jan. (Tel.) Die Polizei hat zwei Personen, den 26jährigen Kunstmaler Arsis aus Nymwegen und den 34jährigen Fabrikarbeiter Hurkens wegen Herstellung und Vertrieb falscher holländischer 10-Guldenscheine (altes Modell) festgenommen. Der Letztgenannte soll ein von der deutschen Polizei gesuchter deutscher Einbrecher sein. Die Aufdeckung dieser Falschmünzerangelegenheit gelang am Montag abend, als Hurkens in einem Geschäft einen 10-Guldenschein in Zahlung geben wollte, den der Ladeninhaber als Fälschung erkannte. Dieser veranlaßte die Festnahme. Die weiteren Erhebungen der Polizei führten zur Entdeckung einer Falschmünzerwerkstätte in Nymwegen in der Wohnung des Kunstmalers Arsis. Bis zum Eingreifen der Polizei waren hier etwa 200 derartiger Falschscheine angefertigt, von denen inzwischen etwa 45 in Amsterdam, Rotterdam, den Haag, Bosch und Breda ausgegeben und 15 bei der Polizei abgeliefert worden waren. Die Falschscheine sind beim Vergleich mit den echten sehr leicht zu erkennen, namentlich der Vermerk auf dem mittleren Feld (Die Niederländische Bank zahlt usw.) und die Unterschriften des Präsidenten und des Sekretärs der Niederländischen Bank sind sehr schlecht nachgemacht. Beide Fälscher haben ein volles Geständnis abgelegt.

Die jüngsten politischen Nachrichten.

(Durch Funkspruch um 3 Uhr nachts.)

Der Stand der Regierungsbildung.

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Funkspr.) Entgegen einer Mitteilung der Vossischen Zeitung, die wissen will, daß außer dem Vertreter der Wirtschaftspartei die Führer sämtlicher für die Regierungsbildung in betracht kommenden Parteien bei den gestrigen Besprechungen mit dem Reichskanzler Dr. Luther ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt ihrer Parteien in das zweite parlamentarische Kabinett Luther erklärt hätten, schreibt die **Germania,** daß das Zentrum gestern dem Reichskanzler noch keine endgültige Zusage gegeben habe. Die Zentrumsfraktion sei sich in ihrer gestrigen Beratung darüber völlig einig gewesen, daß Voraussetzung für **ihre** Beteiligung die Erfüllung des Minimums persönlicher und sachlicher Bedingungen, auch sozialpolitischer Art, sei. In der **Tägl. Rundschau** wird unterstrichen, daß die Bezeichnung „Neutrale Regierung der Mitte" nicht etwa die Bildung eines überparteilichen Kabinetts bedeutet. Die deutsche Volkspartei steht jedenfalls, wie das Blatt zu wissen glaubt, auf dem Standpunkt, daß nur ein parlamentarisch festfundiertes Kabinett inbetracht kommt. Die Parteien, mit deren Führern Dr. Luther die Verhandlungen aufgenommen hat, müßten sich bereit erklären, auch die volle Verantwortung für das Kabinett zu übernehmen. Der Gedanke eines **Beamtenkabinetts** wird mit Entschiedenheit abgelehnt.

Zwei Untersuchungsausschüsse?

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Funkspruch.) Wie der Vorwärts meldet, bereitet die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Antrag vor, der unter Bezugnahme auf die Mitteilungen des Berliner Polizeipräsidiums über die Unterstützung des wegen Fememordes angeschuldigten Schulz durch die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses verlangt. Auch im Reichstag soll, dem gen. Blatt und auch der „Voss. Ztg." zufolge, über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gesprochen worden sein.

Die Italienisierung in Südtirol.

wtb. **Berlin,** 14. Jan. (Funkspruch.) Der Lokalanzeiger meldet aus **Rom,** daß in Mailand eine neue faschistische Organisation „Brennerwacht" gegründet worden sei, die sich die schärfste Italienisierung der Grenzlande, vor allem in Südtirol, zum Ziel gesetzt habe. Nach einer weiteren Meldung des Lokalanzeigers aus **Innsbruck** ist gestern im Tiroler Landtag eine Interpellation über das Verhalten des italienischen Konsulates in Innsbruck eingebracht worden. Die Landesregierung soll die Bundesregierung veranlassen, bei der italienischen Regierung Einspruch zu erheben und gleichzeitig über die wahren Absichten Roms Aufklärung einzuholen.

Anklage wegen zwölffachen Mordes.

wtb. **München,** 13. Jan. (Tel.) Vor dem Schwurgericht München begann heute die Verhandlung gegen den Leutnant a. D. Pölzing aus Berlin-Tempelhof und den ehemaligen Wachtmeister Prüfert aus Berlin wegen zwölffachen Mordes, bezw. Anstiftung hierzu. Die Tat fiel in die Zeit der Räte-Unruhen in Bayern im Jahre 1919 zurück. Nach dem Einzug der Regierungstruppen in München, rückte ein von Pölzing geführtes Kommando in Perlach ein und nahm 15 Arbeiter fest, die aber ihre Gewehre beim Einrücken der Regierungstruppen bereits freiwillig abgegeben hatten. Nur bei dem Vorsitzenden des Arbeiterrates soll ein schußfertiger Revolver gefunden worden sein. Drei der Festgenommenen wurden alsbald wieder freigelassen und die übrigen nach München gebracht. Hier wurden sie einige Stunden später im Hofe des Hofbräuhauskellers von einer Abteilung Schützen des Freikorps Lützow unter dem Kommando Prüferts erschossen. Die Anordnung hierzu ist von Pölzing gegeben worden. Die Erschießung hätte nur auf Grund standgerichtlichen Urteils erfolgen können. Die beiden Angeklagten hätten gewußt, daß eine rechtfertigende Veranlassung zu ihrem Vorgehen nicht vorlag und ihr Verhalten vorsätzlich und mit Ueberlegung ausgeführt.

Aus Nah u. Fern.

Das Urteil im Prozeß Dittert und Genossen.

wp. **Köln,** 13. Jan. Nach achtwöchiger Verhandlung wurde heute in dem von uns schon erwähnten Prozeß wegen der großen Unterschlagungen usw. bei der Eisenbahnwerkstätte Nippes zum Nachteile des Reiches das Urteil gefällt: Der Fabrikant Dittert wurde wegen fortgesetzten Betruges, einfachen Diebstahls und fortgesetzter aktiver Bestechung zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, auch wurde auf Einziehung der zu Unrecht erhobenen Gelder in Höhe von 75 000 Mark und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren erkannt. Von den Beamten und Angestellten der Werkstätte wurden sechs freigesprochen, sechs wegen passiver Bestechung zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Schweres Zechenunglück in Silschede.

wp. **Dortmund,** 13. Jan. Das Preußische Oberbergamt teilt mit: Am 12. Januar gegen neun Uhr abends wurden auf der Zeche Vereinigte Trappe in Silschede durch eine Entzündung unter Tage zwei Bergleute getötet und fünf verletzt. Von den beiden Toten wird noch einer vermißt. Drei der Verletzten befinden sich in Lebensgefahr. Die Zeche Vereinigte Trappe liegt still. Es wird nur noch Material ausgebaut. — Die Entzündung ist wahrscheinlich dadurch verursacht, daß versucht worden ist, in einem Querschlag, in dem trockener Kohlenstaub vorhanden war, eine ausgebaute Maschinenwelle mit Dynamit zu zerreißen. Hierbei scheint Kohlenstaub entzündet zu sein. Die mechanischen Wirkungen der Entzündung sind gering. An der Bergung des Vermißten, der wahrscheinlich in einen Blindschacht geschleudert worden ist, wird gearbeitet. Die bergbehördliche Untersuchung ist im Gange.

Ausländische falsche Münzen.

wp. **Hamborn,** 13. Jan. Ausländisches Falschgeld ist in den letzten Tagen in größerem Maße hier in Zahlung gegeben. Vor allem handelt es sich um ausländische Münzen, die den deutschen Reichsmarkmünzen vom Jahre 1924 täuschend ähnlich sehen.

Kampf mit Einbrechern.

wtb. **Warburg i. W.,** 14. Jan. (Funkspruch). In einer Mühle bei **Ossendorf** wurde durch zwei Männer ein Einbruch verübt. Der Mühlenbesitzer überraschte jedoch die Einbrecher, die die Flucht ergriffen. Zwei Müllerknechte wurden von den flüchtenden Einbrechern durch Schüsse schwer verwundet. Schließlich wurden die Einbrecher durch einen radfahrenden Landjäger gestellt. Einer der Einbrecher erschoß sich, der andere wurde überwältigt und in das Gefängnis eingeliefert. Ein anderer Landjäger wurde durch einen Schuß verwundet.

100 000 Mark bei der Reichswehr unterschlagen.

pw. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Eine riesige Unterschlagung wurde der „B. Z. am Mittag" zufolge bei der Heeresrechnungs- und Wirtschaftsstelle in Lanlwitz festgestellt. Gestern abend ergab eine unangemeldete Revision, daß die Bücher zum Teil gefälschte Eintragungen aufwiesen. Eine genaue Nachprüfung ergab, daß der Obersekretär Röthing seit etwa 1½ Jahren Buchungen gefälscht hatte und zu ungunsten der Heeresverwaltung ein Fehlbetrag von 100 000 Mark entstanden war. Röthing wurde verhaftet und dem Landgericht zugeführt.

Familiendrama.

bb. **Berlin,** 14. Jan. (Funkspruch). Gestern hat hier ein Maurer seine Ehefrau erschlagen, dann in der Wohnung die Gashähne geöffnet und sich die Pulsader geöffnet. Der Mann wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Als Motiv zu der Verzweiflungstat wird Arbeitslosigkeit und daraus resultierende Not angegeben.

Eisenbahnunglück in Paris.

pw. **Berlin,** 13. Jan. Gestern abend lief der „B. Z. am Mittag" zufolge vor dem Lyoner Bahnhof in Paris ein Personenzug auf einen ausfahrenden Schnellzug. Die letzten Wagen wurden aus dem Geleise geworfen. Drei Eisenbahnbeamte wurden verletzt.

Schnee in Italien.

wtb. **Rom,** 13. Jan. (Tel.) In Rom sind heute starke Schneemassen niedergegangen, wie sie seit 1896 Rom nicht mehr erlebt hat. In den Bergen von Apulien liegt der Schnee 1 Meter hoch.

Brandunglück im Staate Louisiana.

wtb. **Watchez** (Mississippi), 12. Jan. Bei einem Brandunglück, das das Johnson-Hotel in Ferriday im Staate Louisiana und den angrenzenden Block von hölzernen Fachwerkhäusern zerstörte, kamen zehn Personen ums Leben. Es wird befürchtet, daß sich noch mehr Leichen in den Trümmern befinden.

Grubenexplosion in Oklahoma.

wtb. **Wilburton** (Oklahoma), 13. Jan. (Tel.) In einer Grube der Mc. Leneil-Bergwerksgesellschaft ereignete sich eine schwere Explosion, durch welche etwa 100 Bergleute verschüttet wurden. Die Explosion war so stark, daß das Grubenholz aus dem etwa 200 Meter tiefen Schacht herausgeschleudert wurde. Es besteht nur geringe Aussicht auf Rettung der Verschütteten.

wtb. **Wilburton,** 13. Jan. (Funkspruch). Eine mit Masken ausgerüstete Hilfsmannschaft versucht, durch die noch offenen Luftschächte zu den in dem Bergwerk der Deguan Mc. Lenell-Bergwerkgesellschaft durch die Explosion verunglückten Bergleuten vorzudringen. Einige der eingeschlossenen Bergleute sollen bereits mit der Hilfsexpedition Verbindung aufgenommen haben.

Bergwerksunglück in Japan.

wtb. **Nagasaki,** 13. Jan. (Tel.) In einem Kohlenbergwerk bei Takamatsu hat die Entzündung von Grubengas eine Explosion herbeigeführt, bei der ein Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden. Unmittelbar nach dem Unglück wollte eine Rettungsabteilung von 16 Bergleuten in den Schacht fahren, als mehrere neue Explosionen erfolgten, von denen, wie Ueberlebende berichten, die Rettungsmannschaft förmlich zerrissen wurde.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	12. Jan.		13. Jan.		v. dem
	Geld	Brief	Geld	Brief	Kriege
Buenos-Aires . .	1.737	1.741	1.737	1.741	1.69
Canada 1 Can. D.	4.190	4.200	4.190	4.200	
Japan	1.836	1.840	1.845	1.849	2.09
Konstantinopel 1 L.	2.23	2.24	2.23	2.24	
England	20.363	20.413	20.372	20.422	20.43
New York 1 D. .	4.19	4.20	4.19	4.20	4.20
Rio de Janeiro .	0.624	0.626	0.626	0.628	1.36
Uruguay 1 Goldpf.	4.305	4.315	4.305	4.315	
Holland 100 Gulden	168.56	168.98	168.64	169.06	169.50
Athen 100 Drach.	5.71	5.73	5.71	5.73	
Belgien 100 Fr. .	19.03	19.07	19.04	19.08	81.00
Danzig 100 Gulden	80.73	80.93	80.76	80.96	
Finnland 100 M.	10.55	10.59	10.55	10.59	81.00
Italien 100 Lire .	16.94	16.98	16.92	16.96	81.00
Jugoslawien . .	7.41	7.43	7.41	7.43	81.00
Dänemark 100 Kr.	104.39	104.65	104.37	104.63	112.50
Lissabon 100 Esc	21.30	21.35	21.30	21.35	
Oslo 100 Kr. . .	85.70	85.92	85.44	85.66	112.50
Paris 100 Frk. .	16.05	16.09	15.69	15.73	81.00
Prag 100 Kr. . .	12.41	12.45	12.41	12.45	85.00
Schweiz 100 Frk.	81.00	81.20	81.03	81.23	81.00
Sofia . 100 Leva	2.96	2.97	2.96	2.97	81.00
Spanien 100 Pes.	59.58	59.72	59.28	59.52	81.00
Schweden 100 Kr.	112.34	112.62	112.34	112.62	112.50
Wien 100 Schill.	59.04	59.18	59.05	59.19	85.00
Budapest 100 000	5.87	5.89	5.87	5.89	85.00

Börsenstimmungsbild.

wtb. **Berlin,** 13. Jan. (Tel.) Die Abgabeneigung der Börsenkreise verschärfte sich durch die Verstimmung über das scharfe Ansteigen der Erwerbslosenziffer und durch den recht pessimistisch lautenden Geschäftsbericht der rheinischen Stahlwerke, sowie die Schwierigkeiten der Liquidationsbildung. Die wegen des Herannahens der Liquidation ohnehin vorwaltende Realisationsneigung nach der vorangegangenen Hausse wurde naturgemäß hierdurch außerordentlich vermehrt, während aus den gleichen Ursachen die Aufnahmefähigkeit entsprechend vermindert war. Hieraus ergab sich ein **empfindlicher Kursdruck bei Beginn der Börse** auf die hauptsächlich spekulativ gehandelten Papiere. Am Montanmarkte beliefen sich die Rückgänge bis auf 5 Prozent, so für Hösch Stahlwerke, während Harpener 4 Prozent tiefer einsetzten gegen den gestrigen Schlußkurs und Laurahütte um 4 Prozent. Rückgänge von 2—3 Prozent bildeten am Montanmarkte die Regel. Im gleichen Umfange wurden chemische und elektrische Werte bei den ersten Kursen niedriger bewertet und von Maschinenbauanstalten setzten Berlin-Karlsruher Industriewerke und Augsburg-Nürnberger Maschinen, sowie Loewe um 4 Prozent niedriger ein. Bankaktien waren verhältnismäßig wenig verändert. Deutsche Fonds stellten sich gleichfalls etwas billiger. Feste Haltung bekundeten im allgemeinen der Schiffahrtsaktienmarkt und bald bewirkten Käufe für Bremer und Hamburger Rechnung ein scharfes Anziehen der Werte dieses Marktes. Nordd. Lloyd gewann 4, Hamburger Paketfahrt 2, Hansa ungefähr 3 und Rolandlinie 2—3 Prozent. In Rückwirkung hiervon besserte sich die Gesamthaltung. Die Verkäufe hörten auf. Am Montanmarkte hoben sich die wichtigsten Werte wie Gelsenkirchener, Phönix und Harpener um 1 bis 1½ Prozent, zumal gerüchtweise verlautete von dem Zustandekommen des 25 Millionenkredits für die Rhein-Elbe-Union. Von günstigem Einfluß war auch die Beobachtung weiterer guter Privatkäufe zu Einheitskursen, die in den betreffenden Werten vielfach Kurssteigerungen veranlaßten. Pfandbriefe blieben gut behauptet. Goldpfandbriefe gewannen bei weiterer reger Nachfrage ¼ bis 1 Prozent. Die Flüssigkeit des Geldmarktes hielt an bei unveränderten Sätzen. Am Devisenmarkte verlor Oslo 26, Paris 35½ und Spanien 20 Mk.

Die Börse schloß auf erholt mit Kursen, die sich auf den wichtigsten Umsatzgebieten des Industrieaktienmarktes um 2—3 Prozent gegen die heutigen Anfangskursen höher stellten. Auch das Geschäft erfuhr eine gute Belebung. Harpener 98¾, Rheinische Stahlwerke 55¾, Phönix 68 drei Achtel, Gelsenkirchener 93 sieben Achtel, Deutsch-Luxemburger 68 fünf Achtel, AEG. 91, Siemens-Halske 76¼, Schuckert 64 fünf Achtel, Elberfelder Farben 112½, Paketfahrt 104¾, Lloyd 109¼, Hansa 118, Rolandlinie 123½. Angeblich sollen Meldungen über den günstigen Stand der Freigabeangelegenheit aus Amerika vorliegen.

Benutzt die Leihbibliothek der Buchhandlung Carl Braus, Bahnhofstr. 3

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 14. Januar.

÷ **Ein Winter in zweiter Auflage.** Mit überraschender Strenge ist zum zweiten Male eine Kältewelle über unser Land gekommen, das in den vergangenen Tagen voriger Woche und noch am Sonntag fast vom Frühling zu träumen schien. Ueber Nacht hat uns Frau Holle sogar von dem flimmernden Weiß geschenkt, so daß am heutigen Morgen die Dächer und Straßen im glitzernden Gewande prangten und unserer Jugend wieder die Hoffnung auf einen erneuten Wintersport gab. — Die Wetterwarte Essen meldet zum Wetter: Das starke Hoch im Nordosten wird durch flache Teiltiefs in seiner Wirksamkeit etwas geschwächt, es beherrscht aber noch die Witterung von ganz Europa. In Deutschland ist das Wetter heiter, im Osten nur teilweise bewölkt. Der Frost hat im Westen noch etwas zugenommen. Wetteraussichten bis Freitag: Meist heiter, aber vielfach stärker bewölkt bei leichten Schneefällen, vorübergehend geringe Milderung des Frostes.

÷ **Unfall.** In einem Hause an der Ostenstraße kam eine dort zu Besuch weilende Frau Degener von Kabel auf der Treppe so unglücklich zu Fall, daß sie einen Bruch des Schlüsselbeines erlitt und hier ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

÷ **Die Auszahlung der Zusatzrente für Kriegshinterbliebene** und nicht im Erwerbsleben stehende Kriegsbeschädigte für den Monat Januar 1926 findet am Freitag, den 15. Januar 1926, vormittags, an der hiesigen Stadtkasse statt.

÷ **Der K. K. V. Hansa** hatte zu seiner gestrigen Monatsversammlung auch die Damen des Vereins eingeladen. Nach geschäftlichen Mitteilungen verschiedenster Art, Aufnahme von einigen neuen Mitgliedern usw. wurde der Beschluß gefaßt, am 7. Februar eine Familienfeier im Vereinshause abzuhalten, sonst aber in Anbetracht des Ernstes der Zeit von größeren Veranstaltungen irgendwelcher Art Abstand zu nehmen. Rendant Kraas hielt dann einen längeren Vortrag über seine Romreise, der mit vielem Beifall aufgenommen wurde und die ganze Versammlung sehr anregend gestaltete.

÷ **Das Wasserwerk** an der Ruhrstraße ist seit kurzer Zeit wieder teilweise in Betrieb genommen worden, da das Wasserwerk in Villigst durch das letzte Hochwasser gelitten hatte und nicht voll und ganz den Bedarf decken konnte. Das Hochwasser hat die Wasserwerke arg in Mitleidenschaft gezogen, so daß dort in letzter Zeit übermenschlich gearbeitet werden mußte.

÷ **Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose!** Der Ruhrverband wird in der allernächsten Zeit die Kanalarbeiten im Lohbachtal ausführen lassen. Die Arbeiten erfordern einen Kostenaufwand von rund 110 000 Mark, zu denen das Reich einen Zuschuß von etwa 20 000 Mark leisten wird. Zu diesen ausgedehnten Arbeiten an der Kanalisation sollen in erster Linie Arbeitskräfte aus dem Bezirk unserer Stadt verwandt werden.

÷ **Verlängerung der Polizeistunde zu Karneval in Westfalen.** Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat die Ortspolizeibehörden ermächtigt, am Karnevals-Sonntag und -Montag die Polizeistunde auf Antrag hin bis 3 Uhr morgens zu verlängern.

÷ **2300 Jugendherbergen in Deutschland.** Dem Verband deutscher Jugendherbergen mit seinen rund 30 Zweigausschüssen ist es dank seiner unermüdlichen Tätigkeit gelungen, bis jetzt 2300 Jugendherbergen (mit einer Uebernachtungsziffer von mehr als einer Million im Jahre) für die Förderung des Jugendwanderns zu schaffen und bereitzustellen. Allerdings ist das Ziel des Verbandes, ein lückenloses Netz von einwandfreien Jugendherbergen im ganzen Reiche zu schaffen, noch nicht erreicht und es bedarf weiterer Unterstützungen seitens der Gemeinden und Staaten, um dieses Ziel zu verwirklichen.

÷ **Sommersonderzüge 1926.** Die Sommersonderzüge sollen in diesem Jahre wesentlich früher als bisher bekanntgegeben werden, damit sich die Reisenden bei der Festlegung ihres Urlaubs usw. danach richten können. Die nötigen Vereinbarungen über die zu fahrenden Züge werden deshalb möglichst früh getroffen. Die 2. Klasse wird wieder aufgenommen, aber nur in Verkehrsbeziehungen beibehalten, in denen auf gute Besetzung zu rechnen ist, z. B. bei Nachtfahrten. Das schriftliche Bestellverfahren wird auf weitere Bezirke ausgedehnt, soweit sich die örtlichen Verhältnisse dazu eignen. Im letzten Jahre sind im ganzen 474 Sommersonderzüge auf durchschnittlich 586 km. Entfernung und mit einer durchschnittlichen Besetzung von 613 Personen gefahren worden. Gegen das Vorjahr haben die Einnahmen um 50 Proz., die Zahl der gefahrenen Sonderzüge um 27 Proz. zugenommen.

÷ **Kapitalbeschaffung durch die Gerichte.** Im Geschäftsbetrieb bei den Gerichten soll mit Rücksicht auf die schwere Kapitalnot jede Stockung vermieden werden. Die Rechtsstreitigkeiten über Geldforderungen sollen nach einer neuen Verfügung des Justizministers ohne jede Verzögerung erledigt werden. Wo der Schuldner sich der Begleichung seiner Schuld entzieht, soll verhütet werden, daß die wirtschaftliche Stellung des Gläubigers gefährdet wird. Auch bei Meinungsverschiedenheiten muß der Rechtsstreit bald durchgeführt werden, um das streitige Kapital fruchtbringender Arbeit zuzuführen. Die Sitzungstage sollen durch Anberaumung einer möglichst großen Zahl von Sachen stets voll ausgenutzt werden, besonders bei Abteilungen, Kammern und Senaten, bei denen die Termine weit hinaus anstehen. Die Termine sollen vermehrt, aber sorgfältig bearbeitet werden. Nötigenfalls müssen außergewöhnliche Sitzungstage anberaumt werden. Teilurteile bilden die gesetzliche Regel.

Die Eröffnungs-Bilanz der Reichsbahngesellschaft. Die Eröffnungsbilanz der Deutschen Reichsbahngesellschaft vom 1. Oktober 1924 wird jetzt mitgeteilt. Sie schließt nach Vermögen und Verbindlichkeiten mit 26867 Millionen. Beim Vermögen sind von den 26,8 Millionen allein 24,5 als Betriebsrecht eingesetzt, die unbegebenen Vorzugsaktien, deren Erlös der Reichsbahngesellschaft zufließt, mit 1½ Milliarde, die Betriebsvorräte 631,5 Millionen, an Forderungen aus Arbeitsleistungen zu Lasten Dritter und sonstigen Vorschüssen 69,6 Millionen, an Kasse und Bankguthaben 162,8 Millionen, von den Verbindlichkeiten der Stammaktien 13 Milliarden, die Vorzugsaktien, auf deren Erlös der Reichsfinanzminister Anspruch hat, 500 Millionen, solche, deren Erlös der Reichsbahngesellschaft zufließt, 1½ Milliarde, die Reparationsschuldverschreibungen 11 Milliarden, die Betriebsrücklage 756 Millionen, von den Schulden die Wechsel 13,9 Millionen, die Kredite des Reichsfinanzministers 85 Millionen.

÷ **Sprechtage des Westfälischen Bauernvereins.** Für den Kreis Hörde findet der Sprechtag statt in Schwerte am 22. und 29. Januar, Wirtschaft Pottboff, Schützenstraße 2, von 11—2 Uhr.

÷ **Eine Reichs-Gesundheitswoche.** Auf Veranlassung des Reichsministeriums des Innern soll im April d. Js. eine Reichs-Gesundheitswoche stattfinden, deren Durchführung den im Reichsausschuß zusammengeschlossenen Landesausschüssen für hygienische Volksbelehrung übertragen ist. Der Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung in Preußen, Abteilung Schulhygiene, hat es sich in Verfolg dieses Auftrages zur Aufgabe gemacht, die Lehrerschaft für die praktische Durchführung der Reichsschulgesundheitswoche zu gewinnen. Zu diesem Zweck ist bereits in Berlin ein Lehrgang veranstaltet worden, an dem 450 Lehrer und Lehrerinnen teilgenommen haben. Um auch die Lehrerschaft in den Provinzen für diese Arbeit zu gewinnen, beabsichtigt der Landesausschuß, sein Vorstandsmitglied, Rektor Lorentz-Berlin, mit einer Vortragsreise zu beauftragen.

---

l. **Westhofen**, 13. Jan. Der grausige Leichenfund ist bisher noch nicht aufgeklärt worden. Die männliche Leiche ist in der schrecklichsten Weise verstümmelt. Der Kopf, welcher vom Rumpfe getrennt, ist in der Nähe von Hagen zwischen den Schienen und die übrigen Teile in der Nähe der Ruhrbrücke (Syburg) im Personengleis gefunden worden. Ferner ist ein Fuß und Arm abgefahren, im übrigen ist der ganze Körper zerschunden; der Hinterkopf ist gänzlich zerschmettert, fast bis zur Unkenntlichkeit, so daß eine Identifizierung äußerst schwierig ist. Es handelt sich um eine männliche, gut genährte Person, dem Anscheine nach 25—30 Jahre alt, etwa 1.68—1.72 m. groß. Haare und Augenbrauen dunkelblond, weiches Haar. Im übrigen ist der Körper wenig behaart. Bezüglich der Kleidung ist noch folgendes nachzutragen: Grauer Hut mit braunem Band und hellgrauer Einfassung, schwarzbrauner (mehr schwarz) Ueberzieher mit schwarzem Futter, grauer Sportanzug, Jacket mit Gürtel und langer Hose (Fischgrätenmuster), Futter weiß mit schwarzen Streifen, weißer weicher Kragen, grünl. Binder, Hemd (Nessel) und Normal-Unterhemd mit Einsatz (schwarz-weißen Streifen), schwarze Schnürschuhe, Oberleder ohne Flicken, allerdings mehrfach besohlt. Anzug war anscheinend noch nicht lange getragen. Um sachdienliche Mitteilungen bittet die Polizeiverwaltung.

l. **Syburg**, 13. Jan. Generalversammlung. Der Krieger- und Landwehrverein hatte am Sonntag im Vereinslokal Küper seine diesjährige Generalversammlung. Die Mitglieder waren vollständig erschienen. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden Röhr eröffnet und gab er die Tagesordnung bekannt. Von dem Schriftführer wurde der Jahresbericht verlesen. Der Kassierer, Kamerad Mark, legte die bereits vorgeprüfte Jahresrechnung vor und wurde ihm ohne weitere Beanstandung Entlastung erteilt, da die Rechnungsführung eine vorbildliche war. Die Vereinskasse hatte einen Ueberschuß von ca. 170 M. Es erfolgte dann die Vorstandswahl und wurde mit einigen kleinen Aenderungen der alte Vorstand wiedergewählt. Bei den Fahnenoffizieren erfolgte eine Neuwahl. Ein gemütliches Beisammensein schloß die Versammlung.

÷ **Hörde**, 13. Jan. Herr Pastor Becker, ein Sohn unserer Stadt, wurde zum Pfarrer der katholischen Gemeinde Castrop berufen und durch den Oberpräsidenten bestätigt.

—oo—

Letzte Nachrichten.

Schweres Bootsunglück auf der Lenne.

5 Geometergehilfen vom R. W. E. in den Fluten.

Letmathe, 14. Jan. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr ereignete sich vor der Eisenbahnbrücke Letmathe—Iserlohn ein schweres Bootsunglück. Ein mit fünf Geometergehilfen der Rhein.-Westf. Elektrizitätswerke in Essen, die im Auftrage der Westfälischen Kleinbahn Letmathe dort Vermessungsarbeiten vornahmen, besetztes Boot wurde durch die Strömung des Flusses umgeworfen. Sämtliche Insassen stürzten in die Fluten. Zwei von ihnen konnten sich durch Schwimmen retten, während zwei andere an einem Brückenpfeiler Halt fanden. Der letzte hingegen, der ebenfalls versuchte, schwimmend das Ufer zu erreichen, wurde infolge der großen Kälte von einem Krampf befallen und ging unter. Bisher war es jedoch wegen Fehlens der Geräte und der eingetretenen Dunkelheit nicht möglich, den Ertrunkenen — es handelt sich um einen Schmidt aus Essen — zu bergen. Die Rettung der beiden, bis zur Brust im Wasser stehenden Personen gestaltete sich wegen der ungewöhnlichen Höhe der Brücke recht schwierig. Mit Hilfe von Stangen und zwei langen Leitern gelang es dann schließlich, das Rettungswerk zu vollbringen. Ein zu gleicher Zeit zur Verfügung stehendes Auto fuhr die beiden ins Letmather Krankenhaus.

Verantwortlich für Kunst u. Wissen, Theater u. Konzert, Turnen u. Sport: Theo Schäfers, Schwerte.

Am 16. Januar

Schluß unseres großen Saison-Ausverkaufs!

Es gelangen große Posten Damen- und Mädchenkonfektion, Herren- und Knabenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Baumwollwaren, Leinenwaren, Damenwäsche, Herrenartikel, Unterzeuge, Strumpfwaren, Teppiche, Gardinen usw. zum Verkauf.

Freie Fahrt nach Iserlohn und zurück! Trotz der Ausverkaufspreise bleibt die bekannte Fahrtvergütung, bei Einkäufen von 40.— Mk. an, bestehen.

Besuchen Sie unser Kaufhaus in den nächsten Tagen u. profitieren Sie noch von den selten gebot. Vorteilen.

Basse & Uerpmann A. G. Iserlohn

Geschäfts-Eröffnung!

Verkaufe ab Freitag, den 15. Januar täglich im Hause des Sattlermeisters Recke am Markt zollfreies prima

Ochsengefrierfleisch.

175 **Andreas Bischoff.**



Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Suche

1. Fabrikate wie: **Küppersbusch** und **Krefft**
Garantie für jeden Herd
Zahlungserleichterung
Reparaturen in eigener Werkstatt.
Adolf Tondok
Hörderstr. 6.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister, Abteilung A, Nr. 194, ist heute die Firma **Kaufhaus für Lebensmittel Gustav Nierhoff**, Schwerte, und als deren alleiniger Inhaber der Kaufmann **Gustav Nierhoff** in Schwerte eingetragen.

Schwerte, den 4. Januar 1926.

178 **Das Amtsgericht.**

Wir haben wieder fortlaufend

Treber

abzugeben.

Stiftsbrauerei A. G.
Hörde.

173

Freitag, 15. Januar, nachm. 4 Uhr spricht Prediger **Bielefeld** (Hausvater vom Jugendbund-Erholungsheim Haus „Friede") Bredenscheid bei Hattingen im Saal der Evgl. Stadtmission, Kuhstraße Nr. 7. Es werden Alt und Jung hierzu freundl. eingeladen.
Jugendbund für entschiedenes Christentum.

Zwei Morgen **Ackerland** gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 177 an die Expedition ds. Ztg.

Krätzurgan beseitigt schnell sauber, mild, unschädlich Jucken und fast alle Hautleiden 1 000 000 fach bewährt!
Packung 1,50 Mark
Drogerie
Mehlhose, Postplatz.



Ia. Bratschellfisch per Pfd 24 ₰
Ia. Cabeljau 6—8 Pfd schwer p. Stück p. Pfd 55 ₰
Ia. Bückinge per Pfd 48 ₰
5 Pfd.-Kiste 200 ₰
76 **Adolf Kalobach**

Zwangs-Versteigerung.

Sonnabend, 16. Jan 1926, vormittags 10 Uhr, werde ich in meinem Pfandlokale bei Wirt **Möller** in Schwerte, Westenstraße

30 blaue Arbeitsanzüge, sowie Baumwollwaren

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern. Der Verkauf findet bestimmt statt.

Schwerte, den 14 Jan. 1926

Trausch 180
Ober-Gerichtsvollzieher in Schwerte, Moltkestr. 23.

Lichtspiele zur Reichskrone

Ab morgen
Die größte Sensation
Die Mädchenhändler von New York!

7 Akte. Hergestellt unter Mitwirkung der gesamten New Yorker Kriminalpolizei. Verfasser: Rich. E. Enright Polizeipräsident von New York.

179

Vereinsdrucksachen

liefert sauber, schnell und billig
Buchdruckerei C. Braus, Schwerte

Donnerstag
Freitag
Samstag

SCHLUSS-TAGE

des

Inventur-Ausverkaufs

Nehmen Sie die

Riesen - Vorteile

wahr, die Ihnen die radikal herabgesetzten Preise bieten.

Mein Schuhwaren-Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe von Schuhwaren dauert nur noch 14 Tage u. muß bis dahin möglichst das letzte Paar verkauft sein.

Besuchen Sie die beiden Ausverkäufe noch diese Woche. Sie kommen bestimmt auf Ihre Kosten. Die gewaltig herabgesetzten Preise gelten nur bis Samstag und für Schuhwaren noch ca. 14 Tage.

Küster :: Schwerte

Das führende Haus für Qualitätswaren.

Das reiche Land spart, das Arme nicht!

Die Trostlosigkeit der deutschen Wirtschaft in der Gegenwart läßt den Ruf nach Neuordnung der Dinge ununterbrochen laut werden. Ein Dernburg hat ausgerechnet, daß die deutsche Wirtschaft mit Steuern, Lasten aus dem Dawes-Plan, Ueberschüssen der Post, Eisenbahn usw. im ganzen über 16 Milliarden Goldmark belastet sei, ein Zustand, an dem die Wirtschaft zugrunde gehen müsse, wenn er nicht bald abgestellt würde. Ein Beweis für die unmögliche Staatswirtschaft ist die Tatsache, daß das Reich zurzeit 94 300 Beamte gegen 19 200 Beamte im Jahre 1913 beschäftigt; von den 94 300 gehören 73 200 Beamte zur Finanzverwaltung; diese verschlingt an Kosten heute mehr, als die preußische Einkommensteuer vor dem Krieg einbrachte. Schon allein diese Tatsachen genügen, um selbst weniger für öffentliche Ausgaben interessierte Leute zu veranlassen, in Staatsdingen nach dem Rechten zu sehen.

Der Wille zur Sparsamkeit im Staat ist gewiß vorhanden. Das Deutsche Reich besitzt sogar einen Sparsamkeitskommissar. Aber jedesStreben ist bisher illusorisch geblieben, weil unser parlamentarisches System alle Bemühungen und Sparprojekte über den Haufen wirft. Finanzpolitische Erwägungen sind zumeist nicht maßgebend, den Ausschlag gibt die Parteipolitik, die sich um die Gunst der Wähler bemüht. Der große Gesichtspunkt des Gemeinwohls, die Ordnung des Ganzen kommen stets zu kurz. Die Frage drängt sich unwillkürlich auf: Da in absehbarer Zeit eine Aenderung dieser politischen Verhältnisse nicht wahrscheinlich ist, bestünde somit die Gefahr des Finanz- und Wirtschaftschaos für das Deutsche Reich? Man könnte diese Frage bejahen, sofern es nicht gelingen sollte, andere Wege, die zur Gesundung unseres staatlichen Daseins führen, zu beschreiten.

In einem ausgezeichneten Aufsatz im „Deutschenspiegel" finden wir Hinweise auf einen Weg, der für Reich, Länder und Gemeinden gangbar wäre. Es handelt sich um die Schilderung der „Sparmaßnahmen in den Vereinigten Staaten", aus der Feder des Ministerialrat Dr.-Ing. Schäfer. Es ist gewiß, daß schon rein geistig zwischen der Alten und der Neuen Welt tiefe Gegensätze klaffen, daß der amerikanische Pragmatismus, jene lediglich auf pure Geschäftsgewandtheit aufgebaute Nützlichkeitslehre, nicht das Heil der Welt bedeuten und die Norm, die Schablone, die Vereinfachung nicht immer erfreulich genannt werden kann, aber es gibt doch Dinge, die das alte Europa, vor allem sein ärmster Teil, beherzigen und nicht nur beherzigen, sondern auch, soweit es die Umstände gestatten, abgucken sollte.

Die Union spart, die Herrin der Welt, Geldgeberin und Gläubigerin aller Großmächte! Das reichste Land der Welt mit einer Wirtschaft, die an Großartigkeit auf dem Erdball nicht wieder ihresgleichen hat, betreibt intensive Sparpolitik! Ministerialrat Schäfer führt zu Beginn seines Aufsatzes das Durchschnittseinkommen des Erwerbstätigen in Amerika mit 6700 Mark pro Jahr an, in Deutschland soll es nicht über 2000 Mark liegen. Den Kopf der Bevölkerung belastet, wie Schäfer ferner mitteilt, der amerikanische Staatshaushalt heute mit etwas über 100 Mark im Jahr, der deutsche Reichshaushalt mit etwas höherem Betrage. Dabei steigern bei uns die noch wachsenden Kriegskontributionen die Belastung bis in die Höhe von 200 Mark. Das Ausschlaggebende ist in erster Linie das 3—4fach höhere Durchschnitts-Einkommen des Amerikaners gegenüber dem Deutschen, selbst wenn man annehmen wollte, daß bei gleicher Kopfquote der Steuerdruck in beiden Ländern dieselbe Stärke habe, was jedoch nicht der Fall ist. Trotz dieser günstigeren Verhältnisse spart Amerika, Deutschland aber bis heute nicht. Schäfer teilt mit, daß bereits im Jahre 1913 die amerikanische Regierung das „bureau of efficienty", das Bureau der Wirksamkeit, mit dem Zweck, den Wirkungsgrad der behördlichen Verwaltung zu steigern, geschaffen habe. Dieses Bureau, das gegen 50 Köpfe umfaßt, und einen Jahreshaushalt von etwa 150 000 Dollar führt, untersucht die Probleme der besten Geschäftsmethoden mit dem Ziel weitester Vereinheitlichung und Vereinfachung. Nach dem Krieg waren die Staatsausgaben der Union auf über 5 Milliarden Dollar im Jahre 1921 angewachsen, gegen etwa 1 Milliarde im Jahre 1913. Präsident Harding gründete sofort das „bureau of the budget", zu dessen erstem Direktor General Dawes ernannt wurde. Dieses Bureau hatte die Aufgabe, die Aufstellung des Budgets und die Verwendung der bewilligten Mittel zu überwachen und zugleich dem Präsidenten unmittelbaren Einblick und gestaltenden Einfluß auf die Vereinheitlichung der Geschäftsführung zu geben. Schäfer betont, daß dieses „bureau of the budget" aber nicht nur die Aufstellung der Haushaltspläne beeinflußt, sondern auch ihre Durchführung. „Verbrauch und Verwendung der bewilligten Mittel sollten laufend bis zum Schluß des Jahres mit dem Ziel der Einsparung überwacht werden, ein Prinzip, das bei uns fehlt." Die Erfolge auf dem Gebiete der Finanzen sind geradezu verblüffend. Man spricht, echt amerikanisch, von einem Sparfeldzug. Man unterläßt nicht, auch in diesem Falle sich mit dem Heilsmantel des Segen bringenden Weltapostels zu umhängen, indem man anderen Völkern durch seine Sparsamkeit ein Vorbild geben will. Ueber dieses Auftreten kann man selbstverständlich anderer Meinung sein. Doch die Tatsache ist erstaunlich. Die Staatsausgaben, die im Jahre 1921 bis auf 5,11 Milliarden angewachsen waren, konnten im Jahre 1922 auf 3,3, im Jahre 1923 auf 3,294 Milliarden, im Jahre 1924 auf 3,048 und im Jahre 1925 auf 3,062 Milliarden Dollar herabgesetzt werden. Der derzeitige Direktor des „bureau of the budget", General Lord, erklärte auf der letzten Jahresversammlung: „62 Millionen Dollar stehen noch zwischen uns und dem Sieg." Wie Schäfer in seinem Aufsatz berichtet, hatte Präsident Harding bei der Gründung des „bureau of the budget" 3 Milliarden Dollar als die Grenze bezeichnet, an die der Haushalt zurückgebracht werden müsse. Echt amerikanisch und doch in diesem Falle sehr wirkungsvoll und praktisch kündet General Lord die Gründung eines „Two-Per-Cent-Clubs" an, da die über die Grenze von 3 Milliarden Dollar hinausgehenden 62 Millionen 2 Prozent ausmachen. Mindestens diese 2 Proz. müssen gespart werden und alle Beamten und Angestellten müssen dazu beitragen. Schäfer teilt auch ein Stück mit aus dem Programm, das General Lord aufgestellt hat. Da heißt es: „Beginne im Kleinen, ende im Großen! Reise weniger, kaufe weniger, baue weniger, verbrauche weniger, schreibe weniger, drucke weniger, verschwende nichts! — Untersuche deinen Dienstbereich mit dem Mikroskop in der einen Hand, mit der Gartenschere in der anderen! — Wenn Zweifel ist, ob weggeschnitten werden kann — schneide! Entscheide jeden Zweifel zugunsten der Steuerzahler, die uns bezahlen und deren Diener wir sind."

In einer gedrängten Uebersicht gibt Schäfer dann Kenntnis von dem Wesen und den Leistungen der „coordinating boards", deren Wirkungsbereich sich nicht nur auf die Verwaltung der Union, sondern auch auf die der Einzelstaaten erstreckt. Die deutschen Behörden in Reich, Länder und Gemeinden könnten sich vieles, ja das meiste zum Vorbild nehmen. — Schließlich erfährt man noch, welche segensreichen Einflüsse die staatlichen Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen der Union auf die Wirtschaft dieses reichen Landes selbst ausüben, indem „die Wirtschaft in das feste Gefüge einer klaren Ordnung gegliedert wurde". Schäfer warnt voll Eindringlichkeit, indem er sagt: Sorgen wir, daß wir Schritt halten.

Das reiche Amerika spart, das arme Deutschland nicht! So sehr die europäische, besonders aber die deutsche Vielgestaltigkeit ihre Reize und ihr typisches Gepräge haben, in Dingen der Finanzen und der Wirtschaft kann Europa, kann vor allem das arme Deutschland von der Norm, von der Vereinfachung lernen. Die Unterhaltung des deutschen Staatskörpers ist so kostspielig, daß sie nicht mehr tragbar ist. Lernen wir von den Amerikanern das Sparen!

—oo—

Aus den Provinzen.

Schwierige Festnahme.

Hagen, 14. Jan. Der Händler Karl. B. aus Barmen kam in einer Wirtschaft in der Kölnerstraße der mehrmaligen Aufforderung des Wirtes bezw. des hinzugerufenen Schupobeamten, das Lokal zu verlassen, nicht nach. Als nun der Beamte die Personalien feststellen wollte, weigerte er sich, dieselben anzugeben. Zwecks Feststellung der Personalien sollte er der Wache zugeführt werden, hierbei leistete er heftigen Widerstand. Er wurde dem Gericht zur beschleunigten Aburteilung zugeführt und sofort abgeurteilt.

Die Erwerbslosenziffer.

Hohenlimburg, 14. Jan. Die Erwerbslosenziffer ist in unserer Stadt inzwischen auf nahezu 700 gestiegen. Durch die Betriebseinschränkungen der Firmen Eisen- und Stahlwerk Hösch A.-G., Papierfabrik Poensgen &Heier in Neuwege, und mehreren kleineren Firmen wird sich die Ziffer auf rund 850 bis 900 erhöhen. Man hofft durch baldige Ausführung, der von der hiesigen Stadtverordnetenversammlung vor einiger Zeit beschlossenen Notstandsarbeiten den Bedürftigsten unter den Erwerbslosen für einige Wochen Verdienst zu verschaffen.

Schwerer Unglücksfall.

Iserlohn, 14. Jan. Gestern morgen gegen 6,30 Uhr ereignete sich auf dem hiesigen Westbahnhof ein schwerer Unfall. Wahrscheinlich beim Rangieren kam der Schaffner Gotthard Philipp von hier, Grünerweg 11, unter die Räder eines Eisenbahnwagens, wodurch ihm ein Bein abgefahren wurde. Außerdem erlitt der Bedauerswerte einen Schädelbruch. Der Zustand des Verunglückten, der ins Krankenhaus überführt wurde, ist besorgniserregend.

Der Konsumverein Menden.

Menden, 14. Jan. Der Konsumverein in Menden hat einen Fehlbetrag von 7 000Mark aufzuweisen, der durch die Umlage auf die Mitglieder gedeckt werden soll.

Kindesmord.

Hüsten, 14. Jan. Von dem Schwurgericht in Münster wurde die 24jährige Haustochter Maria Hüppe aus Hüsten wegen Kindesmordes zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht erachtete die Angeklagte auf der Grund der Beweisaufnahme als überführt, am 26. Oktober 1925 ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt getötet zu haben. Sie steckte das Kind in einen Sack, trug es auf den Boden und versteckte es in einem Heuhaufen. Dort wurden Angehörige auf das leise Wimmern des Kindes aufmerksam und fanden es. Man brachte es nach unten und stellte an dem Halse des Kindes blutunterlaufene Stellen fest, die von einem Würgversuche herrührten. Nach Aussage des Med.-Rat Dr. Heißing ist der baldige Tod des Kindes auf dieses Würgen zurückzuführen.

Die Schwiegertochter erschossen.

Kamen, 14. Jan. Die Bergleute Schackert und Köhling waren von dem Kokereiarbeiter Poschmann jun. eingeladen worden, in seiner Wohnung einen vergnügten Tag zu feiern. Man sprach reichlich dem Feuerwasser zu, und schließlich wollte P. seinen Gästen praktisch seine Boxkünste zeigen. Damit kam er aber bei Schackert übel an; der verstand keinen Spaß und boxte P. nieder. Als nun Frau P. ihren Mann so in Bedrängnis sah, rief sie ihren Schwiegervater, der mit einem Revolver in der Hand erschien. Als sich Schackert im Verholzen nicht stören ließ, fiel plötzlich ein Schuß. Alles drängte zur Tür und in diesen Menschenknäuel schoß P. wild hinein. Da trat die Schwiegertochter des P. in die Tür, die plötzlich mit lautem Schrei zusammenbrach. Auch Schackert wurde zweimal getroffen. Obwohl der unglückliche Schütze, der als gewalttätiger Mensch geschildert wird, sich hoffnungsfreudig äußerte: „Das Löchsken wird schon zuheilen!", so erlag die Unglückliche schon am gleichen Abend dem schweren Becken- u. Bauchschuß.

Ein heiteres Mißverständnis.

Arnsberg, 14. Jan. Große Heiterkeit, schreibt der „Sauerländer", erregt ein Vorkommnis, das sich in einem Kreisstädtchen unserer Berge zugetragen hat. Kam dort eines Tages ein Großväterchen vom Lande in Begleitung seines achtjährigen Enkels Peter zum Kreishause. Oben an der Eingangstür prangte ein Schild mit der Aufschrift: „Alle Amtstage sind von jetzt ab auf den Mittwoch verlegt worden." Der Großvater, sehr kurzsichtig, und dazu schwerhörig, sagt zu seinem Enkel: „Lies doch einmal was auf der Tafel dort steht", Peterchen liest: „Alle Amtstage sind von jetzt ab auf den Mittwoch verlegt worden". „Ei sieh doch mal," sagt drauf der Großvater verwundert, „das ist eine neue Einrichtung, die mir bisher noch unbekannt war." Er hatte nämlich „alle Samstage verstanden!

Der Intendant und seine Töchter.

Roman von Peter Prior.

Copyright by Feuchtwanger (Halle).

51. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wie hätte er Hedwig die Hände küssen wollen, wenn sie ihm wenigstens verziehen hätte! Und dann dachte er an seinen alten Vater, der ihm nachgelaufen war, um ihn zu bitten, dem Glück nicht aus dem Wege zu gehen, und den er wie einen Verbrecher von sich gestoßen hatte. Nun standen ihm mit einemmal alle die häßlichen Szenen vor Augen, durch die er Hedwig aus dem Haus getrieben hatte. Er erinnerte sich daran, wie sie als Mädchen zu seinen Eltern nach München gekommen war, welche Wandlung damals mit ihm vorgegangen war und wie köstlich schön die erste Zeit der Liebe gewesen war. Er erinnerte sich der ersten Zeit der Ehe, wo ihm Hedwig so verständig und gütig alle Wege geebnet und ihm alle Sorgen verscheucht hatte. Und wie einen langen, garstigen Weg sah er die Zeit, da er verbitterter, verbissener und einsamer geworden war, trotzdem ein goldenes Herz daneben fast verblutet wäre. Er sah ihre kleinen Augen, die früher so lustig gelacht hatten, traurig auf sich gerichtet mit der Bitte, um seinetwillen anders zu werden. Und er sah, wie sein Vater gebeugt zu ihm gekommen war und ihn gebeten hatte, wie er ihm die Tür gewiesen hatte, wie er Hedwig gewaltsam die Liebe zur Schwester genommen hatte. Aus Eifersucht, aus purer Eifersucht! Er allein hatte groß sein wollen, er allein wollte etwas gelten. Und Käthe hatte verleumdet werden müssen, häßlich, heimtückisch. Seine Erfolge, bah, es war zum Lachen! Seine Erfolge bestanden darin, daß er selbst seine guten Eigenschaften bekämpft hatte und ein törichter Tyrann geworden war. Oder galten seine Schriften wirklich etwas? War das etwas anderes als Tagelöhnerarbeit, die ein anderer mit Fleiß ebensogut hätte verrichten können? Um ihretwillen hatte er Menschen um ihr Glück betrügen können.

Wolfgang verbrachte eine schlaflose Nacht. Er demütigte sich in Gedanken derart, daß er sich am nächsten Tag als ein erbärmlicher Wicht vorkam. Aber er war ruhig geworden. Für ihn gab es nun zweifache Arbeit. Erstens, sich selbst zu einem guten und wahrhaft großen Menschen zu erziehen, und zweitens, sich Hedwig zurückzuerobern, damit er ihr das Geraubte doppelt zurückgeben konnte. In der Nacht noch hatte er sich entschlossen, sie und die Eltern sofort um Vergebung zu bitten. Heute wußte er, daß er dazu kein Recht hatte, so lange er sich nicht erprobt hatte und bewiesen, daß er gefestigt war und gänzlich geheilt von der Krankheit. Was anderes war sein Tun in den letzteren Jahren nicht gewesen.

Er lud den Freund in Berlin zu einer Fußtour nach Thüringen ein und als dieser ablehnte, machte er sich mit Rucksack, Kniehosen und derben Knotenstock allein auf die Wanderung. Stundenlang marschierte er auf den Waldwegen gerade aus, sah andächtig auf die Gipfel der hohen Bäume, legte sich ins Gras und berauschte sich an dem blauen Himmel, wanderte und wanderte und fühlte den Himmel in der Seele. Abends schrieb er auf großen weißen Bogen lange bittende Briefe an Hedwig, in denen er von seiner Reue berichtete und Zukunftspläne malte. Diese Briefe verwahrte er sorgfältig in seiner Brusttasche.

Zu Hause angelangt, fand er ein Schreiben eines Ministerialrats vor, worin ihm mitgeteilt wurde, daß er zum Professor ernannt sei. Die amtliche Urkunde werde ihm in den nächsten Tagen zugestellt werden. Weltentrückt starrte er, auf dem Schreibtischstuhl sitzend, vor sich hin. War das nun ein Erfolg? Was das verdient? Sollte er es zurückweisen und damit den Anfang zur Rückkehr machen? Doch nein, ein Geschenk für Hedwig sollte es sein und für den Vater, der sicherlich stolz war auf solchen Titel seines Sohnes.

Ein Geschenk für Hedwig? Schenkte man damit Hedwig wirklich etwas? Oberflächlich und äußerlich hatte er sie genannt. Als ob Hedwig oberflächlich gewesen wäre. Er hatte des Erfolgs und der Ehre wegen gearbeitet. Ihr war das stille Glück von jeher lieber gewesen als die Ehrungen. Aber sie hatte es an seiner Seite verlieren müssen. Vergnügungssucht und Oberflächlichkeit hatte er genannt, was Güte und Suchen nach Schönheit war.

Wolfgang änderte seine Bureaustunden. Er änderte sein Wesen im Verlagsbetrieb und entdeckte mit einemmal an Menschen, die er früher oberflächlich und faul genannt hatte, ausgezeichnete Eigenschaften. Er sah es mit einemmal, wie sich Konturen, die er früher selbst geschaffen hatte, verwischten und wie sich Extreme halbwegs begegneten. An Dingen, an denen er bisher achtlos vorübergegangen war, entdeckte er nun soviel Schönes, daß sein Herz immerzu in Frühlingsstimmung weilte.

Er hatte jetzt Zeit für Theater, für Freunde, für Spaziergänge. Stoßweise hatten früher Manuskripte, Briefe und Entwürfe in seinem Bureau gelegen. Alle Schubladen waren angefüllt gewesen mit unerledigten Briefchen. Mit dem Gedanken an die nächste Arbeit hatte er geschrieben. Mit wirren Gedanken hatte er sich auf dem Nachhauseweg gemacht, mit wirren Gedanken war er im Bureau angekommen. Jetzt herrschte peinlichste Ordnung. Alles wurde prompt erledigt. An Unreifem wurde nicht lange herumkorrigiert. Die Korrespondenz wurde kürzer, tat aber denselben Zweck. Wolfgang erkannte, wie er jetzt einen viel besseren Ueberblick über die Geschäfte hatte als früher, wie er besser mit Kneiffe auskam und wie er trotz der Güte energischer wurde. Hatte er sich früher am Abend Manuskripte mit nach Hause genommen, so gehörte jetzt fast jeder Abend Hedwig. Er erzählte ihr von seinem Innenleben, von seinen Wünschen, von seinen Gedanke. Viele große Bogen schrieb er voll und ordnete sie zu einem Tagebuch.

Ein Bekenntnis war es, das Hedwig gewidmet sein sollte.

Tausendmal glaubte er, es sei jetzt an der Zeit, ihr seine Ankunft in Oberammergau zu melden und sie nach Hause zu holen. Aber immer wieder beherrschte er sich. Noch hatte er sich nicht erprobt. Noch mußte er zurückgewiesen werden. Noch verdiente er es nicht, ihr Leben und das seines Kindes wieder neben das seine zu stellen.

Oft malte er sich ihre erste Zusammenkunft aus. Mit Zittern dachte er daran, wie sie ihm entgegentreten würde. Hoheitsvoll und abweisend. Sie würde ihm sagen, daße sie seine Treue nicht glaube und daß sie kein Vertrauen habe zu seiner Wandlung. Das Tagebuch würde sie vielleicht nicht lesen und im Interesse ihre Kindes würde sie verlangen, daß er sich entferne. Kein Vorwurf war ihr daraus zu machen. Er würde sich entfernen und nach einem Monat würde er wieder kommen. Er würde immer wieder kommen, er würde bitten und flehen, er würde die Eltern zu Bundesgenossen aufrufen, bis sie sich erweichen ließe.

Er mußte die Augen schließen, wenn er daran dachte, wie er sie zum erstenmal wieder küssen dürfte. Bis in die kleinsten Einzelheiten malte er sich ihr zukünftiges Leben aus. Doppelt wollte er ihr die verlorenen Jahre zurückgeben und an die Vergangenheit sollte sie nur als an einen bösen Traum zurückdenken können.

Ursprünglich hatte er ihr den Titel als Geschenk mitbringen wollen. Jetzt wußte er sich ein besseres. Käthe würde er der Schwester zurückbringen. Zusammen mit Käthe wollte er nach Oberammergau kommen und Käthe sollte für ihn bitten.

(Fortsetzung folgt.)

Auflösung des Kreises Hattingen.

Hattingen, 14. Jan. Durch die bevorstehenden kommunalpolitischen Veränderungen im Ruhrgebiete wird auch der Kreis Hattingen stark in Mitleidenschaft gezogen. Der mit einem Defizit von drei Millionen Mark belastete Kreis wird kaum noch als selbständiges Gebilde sich halten können, es sind daher Bestrebungen im Gange, eine Zusammenlegung der Kreise Hattingen und des Restkreises Bochum durchzuführen, was allerdings auf Seiten Bochums wenig Gegenliebe findet. In der letzten Kreistagsitzung hat Landrat Friedrich die Möglichkeit, den Landkreis Hattingen selbständig zu erhalten, mit allem Nachdruck verneint. Der Landkreis Hattingen sei, insbesondere der vielen Zechenstillegungen, kein lebensfähiges Gebilde mehr. Keinem Stande sei es möglich, eine Verdoppelung der Steuern zu ertragen. Die Staatsregierung hat eine Klärung der Verhältnisse bis zum 1. April verlangt. Sie ist bereit, dem Landkreis Hattingen wegen seiner Verluste durch die Zechenstillegungen finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, wenn er sich bis zum neuen Etatsjahr mit einer kommunalen Umgliederung einverstanden erklärt, die in Zukunft auf ein eigenen Füßen stehendes kommunales Gebilde verspricht. Der Kreistag hat nun eine viergliederige Kommission gewählt, die gemeinsam mit dem Landrat dahin wirken soll, daß der Kreissitz in Hattingen bleibt, wenn es doch zu einer Vereinigung der Landkreise Hattingen und Bochum kommt. Da diesen Bemühungen kaum Erfolg beschieden sein wird, ist die kommunalkolitische Zukunft des Landkreises Hattingen durchaus ungewiß.

Die Peitsche des Kommandanten.

Gladbeck, 14. Jan. Ein hiesiger Wirt überwies dem Gladbecker Heimatmuseum eine interessante Erinnerung an die Besatzungszeit die Reitpeitsche des belgischen Obersten Modlin, der in der schlimmsten Periode der Besatzungszeit ein grausiges Schreckensregiment in Gladbach ausübte und mit dieser Peitsche zahlreiche friedliche Bürger persönlich mißhandelt hatte. Er hatte die Peitsche gelegentlich eines schweren Rausches in einer Gladbecker Wirtschaft liegen lassen.

—oo—

Die Anleihe-Ablösung.

Welche gesetzlichen Bestimmungen sind maßgebend?

1. Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925.
2. Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 8. September 1925.
3. Erste und Zweite Verordnung des Reichsministers der Finanzen zur Ausführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 8. September und 29. September 1925.

Was sind Markanleihen des Reiches?
(Im Sinne dieses Gesetzes.)

Markanleihen des Reiches sind:

1. Die auf Mark lautenden Schuldverschreibungen, Buchschulden und Schatzanweisungen des Deutschen Reiches;
2. diejenigen Schulden der Länder, die das Reich mit dem Uebergange der Reichseisenbahn übernommen hat.
3. Die vom Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsrats zu Markanleihen des Reiches erklärten Anleihen.

Ein genaues Verzeichnis dieser Anleihen ist vom Reichsfinanzminister veröffentlicht und bei den Sparkassen einzusehen.

Auskünfte über einzelne Anleihen erteilt bereitwilligst die Sparkasse.

Keine Markanleihen sind: Die Zwangsanleihe, die unverzinslichen Schatzanweisungen (abgesehen von denen des Kriegsschäden-Entschädigungsverfahrens), die Reichskassenscheine und die Darlehnskassenscheine.

Wie wird aufgewertet?

Gemäß § 1 des Gesetzes werden die Markanleihen in die Anleihe-Ablösungsschuld des Deutschen Reiches umgetauscht.

Diese ist ein neues auf Reichsmark lautendes Inhaberpapier, seitens des Gläubigers unkündbar und bis zu dem durch Gesetz festzustellenden Erlöschen der Reparationsverpflichtungen unverzinslich.

Maßstab für den Umtausch.

25 RM. Anleihe-Ablösungsschuld werden gewährt auf: je 1500 M nom. der Sparprämienanleihe;
je 16,7 Millionen M. nom. der 8—15proz. Schatzanweisungen K 1923;
je 50 Milliarden M. nom. der 8—15proz. Schatzanweisungen K 1924;
je 1000 Goldmark, der im Entschädigungsverfahren für Kriegsschäden ausgegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen (Feststellung des Goldmarkbetrages unter Zugrundelegung der Meßzahlen des Aufw.-Ges.).
je 1000 M. nom. der übrigen Markanleihen des Reiches.

Schuldbuchforderungen werden von Amts wegen in Buchschulden der Anleihe-Ablösungsschuld umgetauscht.

Mindestbetrag für den Umtausch.

Ein Anspruch auf Umtausch besteht nur, soweit Anleihe-Ablösungsschuld im Nennbetrage von 12,50 RM. oder einem Vielfachen davon zu gewähren ist.

Für Posten von 1000 M. nom. bis 100 M. nom. können für bedürftige Kleinbesitzer Barabfindungen zugebilligt weroen.

Wer bekommt eine höhere Aufwertung?

Das Gesetz unterscheidet für die Ablösung Alt- und Neubesitz. Die Altbesitzer haben Anspruch auf **Gewährung von Auslosungsrechten.**

Wer ist Altbesitzer?

Altbesitz liegt vor, wenn der Gläubiger die Anleihe vor dem 1. Juli 1920 erworben hat und wenn sie ihm vom Erwerb bis zur Anmeldung ohne Unterbrechung gehört hat. (§ 9 des Anleihe-Ablosungsgesetzes; wichtig ist hier § 10, der in einigen Fällen das Erfordernis des ununterbrochenen Eigentums lockert.)

Bei Erwerb der Anleihen auf Grundgesetzlichen Zwanges zur mündelsicheren Anlage oder auf Grund satzungsgemäßen Zwanges genügt Erwerb vor dem 1. Juli 1923 (§ 11).

Wann erfolgt der Umtausch?

Der Anspruch auf den Umtausch ist durch Anmeldung innerhalb einer Ausschlußfrist geltend zu machen, die der Reichsfinanzminister festzusetzen hat.

Begonnen wird mit dem Umtausch des Altbesitzes.

Die Anmeldefrist hierfür läuft vom 5. Oktober 1925 bis 28. Februar 1926.

Wo ist der Altbesitz anzumelden?

Die Anmeldungen der Geltendmachung des Anspruchs auf Umtausch der Markanleihen erfolgt durch Vermittelung einer Vermittelungsstelle, d. h. bei einer öffentlich-rechtlichen Kreditanstalt einer Bank oder

bei jeder Sparkasse.

Die Anmeldung ist durch die Vermittelungsstelle an eine Anmeldungsstelle zu richten. Gebühren sind von dem Anmeldenden nicht zu entrichten. Der Altbesitzer hat ein bei der Vermittelungsstelle (Sparkasse) ausliegendes Formular auszufüllen und zu unterschreiben, wobei ihn die Sparkasse bereitwilligst unterstützt. Die Schuldurkunden werden gegen Empfangsbescheinigung der Vermittelungsstelle ausgehändigt und dann an die als Abmeldungsstellen fungierenden Reichsbankanstalten weitergeleitet.

Die Sparkasse hilft also dem Altbesitzer bei der Stellung der Anträge, bei der Ausfüllung der Vordrucke und auch bei dem Nachweis des Altbesitzes, wozu in der Regel die Beschaffung besonderer Beweismittel (für unten) nötig ist. Auch die Anleihe-Ablösungsschuld und die Auslosungsscheine erhält der Anmeldende von der Vermittelungsstelle (Sparkasse), die er in Anspruch genommen hat.

Den Anmeldungen sind die umzutauschenden Schuldurkunden nebst Erneuerungs- und Zinsscheinen, und (bei Beanspruchung von Auslosungsrechten) ein nach den verschiedenen Anleihen geordnetes und die Beträge, die Anzahl, die Serien, Buchstaben und Nummern der Schuldurkunden enthaltendes Verzeichnis beizufügen.

Welche Sonderrechte hat der Altbesitzer?

Der Altbesitzer hat in erster Linie das Recht, am Auslosungsrecht der Ablösungsanleihe teilzunehmen und außerdem das Recht auf Gewährung einer Vorzugsrente bei Bedürftigkeit.

Schluß folgt.

—oo—

Volksleben und Wirtschaft.

Die zunehmende Not im Reich.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis zum 1. Januar 1926 von 1 060 397 auf 1 485 931 gestiegen. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. Dezember 1925 beträgt etwas über 40 v. H.

Bohrungen nach Braunkohlen!

Auf den Ländereien der ehemaligen Herrschaft Jahmen bei Weißmasser (Oberlausitz) werden schon seit geraumer Zeit Bohrungen nach Braunkohlen vorgenommen. Tag und Nacht sind etwa neun Bohrzeuge mit zusammen 100 Mann beschäftigt. Es sind bereits große Kohlenflöze erbohrt worden. An manchen Stellen hat man sogar drei übereinanderliegende Flöze festgestellt. Die Kohle ist von guter Beschaffenheit. Die Flöze lagern etwa in einer Tiefe von 100 bis 120 Metern.

—oo—

Kriegsgräberfürsorge.

Das erste Heft des neuen — 6. — Jahrganges der Bundeszeitschrift des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist erschienen. Zu ihren alten Freunden hat sich die „Kriegsgräberfürsorge" eine stattliche Zahl neuer geworben. Und doch fehlt noch so mancher! Fast jede deutsche Familie hat einen lieben Angehörigen unter den ungezählten stummen Schläfern in fremder Erde. Ueber alle Friedhöfe, soweit sie bekannt sind, berichtet die „Kriegsgräberfürsorge", und so kann sich jeder über das Vorhandensein und den Zustand der ihm teuren Grabstätte unterrichten. Aber auch für den, dem der Krieg keinen unmittelbaren Verlust brachte, ist die Zeitschrift von Wert. Hat doch jeder Deutsche das lebhafteste Interesse daran, zu erfahren, wie es um die letzten Ruhestätten seiner gefallenen Brüder bestellt ist! In jedem deutschen Hause muß die „Kriegsgräberfürsorge" gelesen werden! — Das Januarheft bringt Näheres über den „Volkstrauertag", der in diesem Jahre am 5. Sonntag vor Ostern, am 28. Februar, das gesamte deutsche Volk im Gedanken an seine teuren Toten einen soll. Dann gibt es die Friedhöfe bekannt, auf denen an diesem Tage sowie zu Ostern und Pfingsten Kränze niedergelegt werden können. Weiter finden wir eine lebhafte Schilderung von Manfred von Richthofens Heimführung, Reiseberichte über den Besuch von Friedhöfen in Polen und Italien, eine Anzahl Namen von verlegten Friedhöfen in Frankreich und Berichte über Kriegerfriedhöfe im Auslande. Dann gibt es Kunde von der Arbeit des Volksbundes auf Friedhöfen in Polen, den Randstaaten, Rumänien, Jugoslavien, Bulgarien und Ostpreußen. Probenummern, die gratis und franko versandt werden, sind anzufordern von der Bezirksverbandsgeschäftsstelle „Ruhrgebiet" in Gelsenkirchen, Hüttenstraße 43, Telef. 3791. Dort werden auch Bestellungen auf das Jahr 1926 zum Preise von 2 RM. oder 1 RM. für das erste Halbjahr entgegengenommen. Wer dem Volksbunde als Mitglied noch nicht angehört, trete noch heute, gegen einen Jahresmindestbeitrag von ebenfalls 2 RM. bei. Anmeldungen nehmen die am Orte bestehenden Ortsgruppen entgegen. Wo solche nicht bestehen, wende man sich ebenfalls an den Bezirksverband „Ruhrgebiet" in Gelsenkirchen.

„Ein Volk, das seine Toten vergißt, ist wert, daß es zugrunde geht!" Mahnend rufen uns unsere gefallenen Helden zu:

Sehet, das taten wir für Euch, —
Und was tut Ihr für uns?!

—oo—

Deutsche Turnerschaft 1926.

Die Deutsche Turnerschaft im Jahre 1926.

Im Turnerlager hört man jetzt häufig den Ruf nach Abbau der viel zu vielen Veranstaltungen. Man ist in weiten Kreisen des Uebermaßes an Wettkämpfen müde geworden, denn wenn auch der Wettkampf an sich wertvoll und notwendig ist, so haben doch seine Uebertreibungen und das Uebermaß der Aufeinanderfolge der einzelnen Wettkampfveranstaltungen vielfach den Vereinsbetrieb und die ruhige, erzieherisch überaus wertvolle Arbeit innerhalb der Vereine gestört und geschädigt. „Abbau der Veranstaltungen" ist daher das augenblickliche Schlagwort, und die Leitung der Deutschen Turnerschaft ist bemüht, diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, neue Veranstaltungen nicht mehr zu schaffen und von den bisher durchgeführten nur die unbedingt unentbehrlichen zu erhalten. Wenn trotzdem der Veranstaltungsplan von 1926 überaus umfangreich erscheint, so liegt das an der Vielseitigkeit der Betriebsformen des zeitgenössischen deutschen Turnens, das nicht etwa nur mit Hallen- oder Geräteturnen gleichzusetzen ist, sondern mit gleicher Daseinsberechtigung Kunstturnen und Volksturnen, Turnspiel und Schwimmen, Fechten und Wandern berücksichtigt. Außerdem erfordern das Frauenturnen, die turnerische Jugendbewegung, endlich wichtige turnerische Gedenktage noch eine besondere Berücksichtigung.

Kunstturnmeisterschaften werden 1926 nicht abgehalten, da die Deutschen Kampfspiele in Köln beste Gelegenheit zur Prüfung des Könnens der deutschen Kunstturner und Kunstturnerinnen geben. Dagegen tragen die Volksturner, unbeschadet ihrer Teilnahme an den Deutschen Kampfspielen in Köln, in Düsseldorf am 15. August die Meisterschaften der Deutschen Turnerschaft aus, denen die Gau- und Kreismeisterschaften vorangegangen sind. Von wichtigen Festen, bei denen vorwiegend die Volksturner Betätigung finden, seien noch die folgenden erwähnt: Am 25. April die Waldlaufmeisterschaften in Stuttgart, am 8. August das Jahnturnen in Frenburg a. U., ferner als Winterveranstaltung das für ganz Deutschland offene Brandenburgische Hallensportfest in Berlin, das am 17. Januar stattfindet und wohl als das größte seiner Art bezeichnet werden darf.

Die Schwimmer prüfen ihre Besten in Meisterschaftskämpfen ebenfalls am 15. August. Bemerkenswert ist noch das vierte Jahnschwimmen, das am 14. Februar in Halle a. S. stattfindet.

Die Turnspiele haben ihre Höhepunkte in der Hand- und Fußballmeisterschaft, die am 6. Juni in Leipzig zur Entscheidung gelangt, und in den Turnspielmeisterschaften, die am 12. September ebenfalls in Leipzig zum Austrag kommen. Kreisgruppenspiele und Kreismeisterschaftsspiele, an denen Tausende von Mannschaften beteiligt sind, bilden den Ausgangspunkt der Endmeisterschaftsspiele.

Die Fechter planen am 9. Mai in Berlin Mannschaftskämpfe im Florett. Außerdem bringen fast sämtliche Turnkreise Kreismeisterschaften im Fechten sowie Mannschaftskämpfe zur Durchführung.

Bemerkenswert ist, daß eine Anzahl von Turnkreisen 1926 ein Kreisturnfest feiern wird, dessen Eigenart darin besteht, daß es einen Ausschnitt der vielseitigen turnerischen Arbeit gibt und innerhalb des Kreisgebietes große Scharen von Turnern und Turnerinnen zur turnerischen Betätigung zusammenführt, so daß die Kreisturnfeste als Deutsche Turnfeste in örtlichem Rahmen bezeichnet werden müssen. Nachstehende Turnkreise haben bisher Feste in Aussicht genommen: Der Kreis Ostpreußen feiert sein Kreisturnfest in Insterburg, der Kreis Schlesien in Neiße, der Kreis Brandenburg in Kottbus, der Kreis Hannover-Braunschweig in Stade, der Kreis Baden in Offenburg, der Kreis Bayern in Bamberg, der Kreis Thüringen in Jena, der Kreis Freistaat Sachsen in Chemnitz.

Dem Wandern ist der Goetz-Wandertag am 13. Mai gewidmet. Fast sämtliche Turnvereine, deren Zahl über 12 000 beträgt, ziehen an diesem Tage ins Freie und bringen ihrem verstorbenen unvergeßlichen Führer Dr. Goetz eine Ehrung dar. Nicht unerwähnt bleibe, daß im August eine Preußenfahrt der Deutschen Turnerschaft nach Ostpreußen geplant ist. Hieran werden sich vornehmlich ältere Turner beteiligen. Der Zweck ist Stärkung des Deutschtums in der bedrohten Ostmark. Aehnliche Ziele verfolgt auch das Jugendtreffen der Deutschen Turnerschaft, das auf den 1. August gelegt ist und im Osten an einem noch festzulegenden Orte stattfindet. Welche gewaltigen Teilnehmermassen hier zu erwarten sind, geht aus der Tatsache hervor, daß das letzte Jugendtreffen der D. T. in Marburg über 20 000 Jugendliche zusammenführte.

Endlich sei noch einiger Erinnerungstage, die in der ganzen Deutschen Turnerschaft Widerhall finden werden, gedacht. So feierte man am 9. und 10. Januar in Eßlingen das Gedenken des 1. Vorsitzenden der D. T. Georgii, dessen Tatkraft und Führergeschick die Errichtung der Deutschen Turnerschaft in nicht geringem Maße zu verdanken ist. Am 24. Mai begeht man in Leipzig den 100. Geburtstag von Dr. Ferd. Goetz, der seit Begründung der D. T. zuerst als Geschäftsführer, dann als 1. Vorsitzender mit nie erlahmender Schaffenskraft am Aufbau der D. T. gewirkt und gearbeitet hat.

Nicht unerwähnt sei, daß voraussichtlich im Juni eine turnerische Abordnung der D. T. einer Einladung des Nordamerikanischen Turnerbundes zum Bundesturnfest in Louisville folgen wird.

Schließlich sei noch bemerkt, daß Ende August in Bremen der Deutsche Turntag zusammentreten wird, der über 300 Abgeordnete aus allen Teilen der Turnerschaft vereinigt. Seine Entschließungen werden, da die letzte Entscheidung aller wichtigen Fragen in seiner Hand liegt, von weittragender Bedeutung weit über den Rahmen der Deutschen Turnerschaft hinaus sein, und die Gestaltung der deutschen Leibesübungen während der nächsten Jahre wird nicht unwesentlich durch seine Entschließungen beeinflußt werden

Eine reiche Fülle praktischer, erzieherischer und Verwaltungsarbeit harrt also der Deutschen Turnerschaft im Jahre 1926. Möge diese Arbeit dem Volksganzen zugute kommen und der körperlichen und seelischen Ertüchtigung des deutschen Volkes!

Handelsnachrichten.

Devisenmarkt. Französische Valuta erneut abgeschwächt. Fortschreitende Befestigung beim englischen Pfund.

Effektenmarkt. Bei Beginn schwach, später günstiger. Neue erhebliche Verkaufsaufträge aus Publikumskreisen.

Produktenmarkt. In Brotgetreide und Mehl war kein Bedarf. Hafer, Gerste und Hilfsfuttermittel wurden nur zum unmittelbaren Verbrauch erworben. Oelsaaten ohne Beachtung.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 249—255 (am 12. 1.: 250—256). Roggen Märk. 147—154 (147—154). Sommergerste 183—210 (183—210). Futter- und Wintergerste 151—165 (151—165). Hafer Märk. 160—171 (161—172). Weizenmehl 33—36,50 (33,25 bis 36,75). Roggenmehl 22,75—24,50 (23—24,75). Weizenkleie 11,25—11,50 (11,25—11,50). Roggenkleie 9,75—10,25 (9,75—10,25). Raps 350—355 (350—355). Viktoriaerbsen 26—34 (26—33). Kleine Speiseerbsen 22—25 (22—25). Futtererbsen 20 bis 22 (20—22). Peluschken 18—19 (18—19). Ackerbohnen 19—21 (19—21). Wicken 20—23 (20—23). Lupinen blaue 12—12,50 (12—12,50), gelbe 14 bis 15 (14—15). Seradella neue 18—19 (18—19). Rapskuchen 15,25—15,50 (15,25—15,50). Leinkuchen 23,60—23,80 (23,60—23,80). Trockenschnitzel 8,10—8,30 (8,10—8,30). Sojaschrot 20,50—20,60 (20,60—20,70). Torfmelasse 30-70 8,20—8,40 (8,29 bis 8,40). Kartoffelflocken 14,70—15,40 (14,90 bis 15,40).

Börsen und Märkte

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt vom 13. Januar. Auftrieb: 783 Stück Großvieh, 287 Schweine, 87 Kälber. Der Handel war in Großvieh schlecht. Kühe kosteten 200—600 M, Rinder 150—400 M. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarken versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund" und eine Nummer tragen. Es sind die Nummern 58691 bis 59403 ausgegeben worden. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es kosteten Ferkel im Alter von 6 bis 8 Wochen 24—32 M, von 8 bis 10 Wochen 32—50 M, von 10 bis 12 Wochen 50—65 M. Der nächste Markt findet am 25. Januar statt.

Konzert und Theater.

Wer Städt. Musikdirektor in Hagen?

Noch haben sich die betreffenden Instanzen mit der Personalfrage des kommenden Mannes, der Hagens Geschicke in der Musikwelt lenken und leiten soll, nicht befaßt. Zunächst sind noch verschiedene Grundfragen zu klären, so, ob das Kunstleben in Hagen im heutigen Umfange erhalten werden kann und soll. Als Nachbarstadt haben auch wir großes Interesse an Hagens „Musik - Kultur". Manche Musikfreunde von hier sind ständig in Hagener Konzertsälen anzutreffen. Ein Zeichen, daß uns Hagen in dieser Beziehung viel geboten hat, und wir dürfen hoffen, noch vieles bieten wird. Daß der neue Musikdirektor seinen beiden Vorgängern, Robert Laugs, der Schöpfer des Städtischen Orchesters, und Hans Weisbach, der Vervollkommner des Erreichten, ebenbürtig sein muß, bedarf keiner Frage. Sollte man nun in Kürze ernstlich an die Personalfrage herantreten, so brauchte man nicht so sehr in die Ferne zu schweifen, denn in Hagens Mauern befindet sich seit Jahren ein Musiker, der in Konzertsälen an exponiertester Stelle stehen kann, das ist der Direktor des Hagener Konservatoriums, Otto Laugs. Seine jahrelange, segensreiche Tätigkeit am Konservatorium hat sowohl sein organisatorisches wie künstlerisches Talent bewiesen, zudem ist er mit dem Musikleben der Stadt Hagen vertraut, wie es ein auswärtiger Musiker nicht sein dürfte. Aus Sparsamkeitsgründen, die doch auch ein wenig oder sogar viel mitsprechen werden, wäre so die Lösung eine günstige. Unser Urteil fällt ja nicht in die Wagschale. Diese Erwägungen werden die entscheidenden Faktoren des Hagener Musik- und Theaterlebens gewiß in Betracht ziehen.